

18 Konsumteilhabe nach Wohlstandsschichten – verbreitete Defizite

IRENE BECKER

1 Konsum im Kontext des Teilhabekonzepts und der Wohlstandsverteilung

Mit der in diesem Kapitel dargestellten Konsumanalyse wird die gängige, an Einkommen und Vermögen anknüpfende Messung von Wohlstand um einen wesentlichen Teilhabeaspekt erweitert. Denn die letztlich aus den finanziellen Ressourcen resultierenden Konsummöglichkeiten und der faktische Konsum sind als Indikatoren von Teilhabe weniger abstrakt und damit direkter als die Ressourcen selbst, wie im Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report¹ betont wird. Daneben wird das Pendant zum Konsum, also das Sparen bzw. Entsparen (durch Vermögensauflösung oder Kreditaufnahme), gleichermaßen im Auge behalten, da sich auch darin individuelle Handlungsspielräume bzw. -grenzen und künftige Teilhabemöglichkeiten spiegeln. Die Untersuchung von Konsum und Sparen ist hier allerdings nicht als ein zum Einkommen und Vermögen alternatives Konzept der Wohlstandsmessung² angelegt, sondern als Ergänzung und Vertiefung von Analysen der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Ausgangspunkt ist das in Kapitel 13 dieses Berichts präsentierte Konzept zweidimensional abgegrenzter Wohlstandsschichten. Die Zugehörigkeit zu einer Schicht ergibt sich diesem Konzept zufolge aus der relativen Einkommensposition *und* der Vermögenshöhe.³ Insgesamt wird nach sechs Schichten unterschieden: (a) Armut, (b) mangelhafte und (c) knappe Ressourcenausstattung als Teilbereiche der Prekarität (ungesicherte Teilhabe) sowie (d) gute, (e) sehr gute und (f) reiche Ressourcenausstattung als Bereiche des Teilhabesegments (gesicherte Teilhabe). Auf dieser Basis wird den Fragen nachgegangen, wie die von Armut und Prekarität betroffenen Gruppen (a bis c) mit den knappen Mitteln umgehen, inwieweit bei ihnen

1 Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009: 14, 29, 114f.

2 Dieser Blickwinkel wurde beispielsweise von Noll und Weick (2007) eingenommen, indem Einkommens- und (systematisch niedrigere) Konsumarmutsquoten einander gegenübergestellt wurden.

3 Dabei wird das Haushaltsnettovermögen mit der gleichen Äquivalenzskala (neue OECD-Skala) wie das Haushaltsnettoeinkommen gewichtet, sodass der Haushaltskontext berücksichtigt ist, und in ein Vielfaches des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen umgerechnet (vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6).

Deprivation im Sinne eines deutlichen Zurückbleibens hinter einem gesamtgesellschaftlichen Niveau erkennbar ist und welche Teilhabemöglichkeiten sich für die Bevölkerung im mittleren und oberen Bereich der Verteilung materiellen Wohlstands (Gruppen d bis f) zeigen.

Die Umsetzung des hier zugrunde gelegten Ansatzes unterliegt allerdings insoweit empirisch bedingten Grenzen, als lediglich *Konsumausgaben*, nicht aber die damit verbundenen Nutzen messbar sind. Letztere ergeben sich meist erst durch Kombination der erworbenen Güter und Dienstleistungen mit weiteren Aktivitäten, die wiederum von individuellem Know-how und Geschick – also immateriellen Ressourcen – und von der Verfügbarkeit komplementärer oder unterstützender Güter abhängig sind. Beispielsweise wird der Nährwert von frischem Gemüse oder Fleisch von den häuslichen Kühlmöglichkeiten, den sonstigen nutzbaren Küchengeräten und der individuellen Kochkunst beeinflusst.

Abgesehen von den nutzentheoretischen Aspekten, die bei der Interpretation von Ergebnissen über Ausgaben zu berücksichtigen sind, ist ein weiteres grundsätzliches Problem bei der Erfassung von Konsumteilhabe zu beachten. Ausgaben und ihre Aufteilung nach Waren und Dienstleistungen spiegeln nämlich nicht nur Wohlstandsunterschiede, sondern auch differierende Bedarfe und Präferenzen. Beispielsweise können beobachtbare Aufwendungen für physiotherapeutische Behandlungen die Folge einer chronischen Erkrankung sein oder aber einem ausgeprägten Gesundheitsbewusstsein und „Wellness-Bedürfnis“ entsprechen. Selbst die Konsumquote – also die Relation zwischen Konsumausgaben insgesamt und Einkommen – ist nicht immer eindeutig zu interpretieren: Eine Konsumquote von 1, bei der also das gesamte Einkommen verausgabt wird, kann eine mangelnde Sparfähigkeit signalisieren und somit ein Einkommen, das gerade zur Deckung des Notwendigen reicht oder sogar dahinter zurückbleibt; sie kann aber auch Ausdruck einer Präferenz für Gegenwartskonsum gegenüber Zukunftskonsum sein mit der Folge, dass eher aktuelle Wünsche erfüllt werden und weniger Vorsorge für künftige Bedürfnisse getroffen wird. Derartige konzeptionelle Einwendungen betreffen allerdings insbesondere Unterschiede zwischen *individuellen* Verhaltensweisen. In Analysen *gruppenspezifischer* Ausgaben hingegen gleichen sich „Ausreißer“ in beide Richtungen durch die Durchschnittsbildung tendenziell aus.

Trotz der aufgezeigten Individualität von Konsum und Sparen können diese Größen also durchaus zur Messung der Teilhabe von Wohlstandsschichten herangezogen werden. Wegen der vielfältigen Einflussfaktoren, die auf das Konsumverhalten wirken, sind freilich differenzierte analytische Konzepte erforderlich, um auf Mangeln und Engpässe bzw. auf Entscheidungsspielräume und Wahlfreiheiten oder auf ein Leben im Überfluss schließen zu können. Die hier gewählte Vorgehensweise wird im folgenden Abschnitt (2) dieses Kapitels skizziert. Danach werden empirische Ergebnisse dargestellt und interpretiert, zunächst übergreifend für die Gesamtbevölkerung in privaten Haushalten (3), dann vertiefend für vier Haushaltstypen (4) und schließlich für die Bevölkerungsgruppe, die staatliche Mindestsicherungsleis-

tungen bezieht (5). Schließlich wird die inhaltliche Bedeutung von Konsumanalysen insgesamt thematisiert – sie decken Teilhabedefizite auf, die bei Beschränkung auf die Einkommens- und Vermögensdimension verborgen bleiben (6).

2 Daten und analytischer Ansatz

Die Untersuchung der skizzierten Fragestellungen ist nur auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) der amtlichen Statistik⁴ möglich. Denn mit keiner anderen repräsentativen Umfrage werden Einnahmen, Vermögen(sbildung) und Haushaltsausgaben differenziert erhoben.⁵ Die EVS werden allerdings nur in fünfjährigem Turnus durchgeführt, und die gründliche Datenaufbereitung bei den statistischen Ämtern erstreckt sich über etwa zwei Jahre, sodass eine kontinuierliche Aktualisierung von Ergebnissen nicht möglich ist. Für die vorliegende Studie wurden die EVS 2003 und 2008 ausgewertet, lediglich für einen Teilaspekt konnte noch die jüngste Erhebung von 2013 berücksichtigt werden (Konsumteilhabe von Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen, Abschnitt 5 dieses Kapitels). Aber auch die Ergebnisse der älteren Daten dürften nicht grundsätzlich „überholt“ sein; denn im vorliegenden Kontext geht es weniger um die kurzfristig veränderlichen Verteilungen nach Schichten als vielmehr um schichtspezifische Zwänge bzw. Wahlfreiheiten, Präferenzen und Verhaltensweisen, die nicht von der Gruppengröße abhängen und einem nur allmählichen Wandel unterliegen.

Die verfügbaren Konsumdaten der EVS werden meist zusammengefasst in die elf Gütergruppen

1. Nahrungsmittel/Getränke/Tabakwaren,
2. Bekleidung/Schuhe,
3. Wohnen/Energie/Wohnungsinstandhaltung,
4. Innenausstattung/Haushaltsgeräte/-gegenstände,
5. Gesundheitspflege,
6. Verkehr,
7. Nachrichtenübermittlung,
8. Freizeit/Unterhaltung/Kultur,
9. Bildungswesen,
10. Beherbergungs-/Gaststättendienstleistungen,
11. andere Waren und Dienstleistungen.

4 Zu Begriffen und amtlichen Ergebnissen der EVS 2008 vgl. Statistisches Bundesamt (StBA) 2010. Vgl. auch Becker 2014b mit einer Darstellung des Erhebungskonzepts der EVS und methodisch bedingter Grenzen ihrer Aussagekraft. Zu den Besonderheiten der EVS am Beispiel von früheren Erhebungen vgl. Becker/Hauser 2003: 71–81.

5 Mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der für Kapitel 13 zentralen Datenbasis, wurden Konsumausgaben bisher nur einmal erhoben. In diesem Befragungsjahr (2010) erfolgte aber keine Erfassung der Vermögen – sie ist bisher auf die Jahre 2002, 2007 und 2012 beschränkt –, sodass eine Konsumanalyse mit dem zweidimensional angelegten Schichtungsmodell nicht möglich ist.

Dabei werden unter Bildungswesen (9) nur wenige spezielle Ausgabearten (für Kinderbetreuung, Studien- und Prüfungsgebühren, Nachhilfeunterricht, Kursgebühren u.Ä.) subsummiert, während insbesondere der Ausgabenbereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (8) sehr umfassend und heterogen ist. Zu Letzterem zählen nicht nur Aufwendungen für Spiel, Sport und sonstige Hobbys sowie Freizeit- und Urlaubsgestaltung, sondern auch für Haustiere, Blumen und Pflanzen und nicht zuletzt für bildungsrelevante Güter (z. B. Bücher, Zeitungen, Schreib- und Zeichenmaterial, PC/Laptop/Notebook, Software) und Aktivitäten (außerschulischer Unterricht); deshalb wird im Folgenden für spezielle Teilhabeaspekte der Blick auch auf einzelne Ausgabepositionen der Gütergruppen gerichtet.

Zur Erfassung von Konsumteilhabe werden mehrere Typen von Indikatoren verwendet und letztlich in der Zusammenschau – nicht nur jede der Maßzahlen isoliert – interpretiert:

- Die Konsumausgaben insgesamt sowie für einzelne Ausgabenbereiche werden in Relation zum jeweiligen Durchschnitt gesetzt und diese Relationen werden als (relative) *Konsumniveaus* bezeichnet. Sie vermitteln einen Eindruck von dem Zurückbleiben hinter bzw. Überschreiten von gesamtgesellschaftlichen Mittelwerten.
- *Konsum-, Ausgaben- und Sparquoten* werden als Relationen von Konsumausgaben, sonstigen Ausgaben⁶ und Sparen zu den Nettoeinnahmen⁷ berechnet. Die residualen Sparquoten indizieren Vermögensänderungen: Positive Beträge können als Sparfähigkeiten, die eine Bedarfsdeckung und damit eine mehr oder minder gute Teilhabe voraussetzen, interpretiert werden; im Falle negativer Vermögensänderungen (Entsparen durch Auflösung von Guthaben oder Kreditaufnahme) ist eher von Ressourcenarmut und fehlenden Wahlfreiheiten auszugehen.
- Die *Struktur der Konsumausgaben nach Gütergruppen* wird ebenfalls zur Beschreibung von Entscheidungsspielräumen herangezogen. Je höher der Anteil der Aufwendungen für existenzielle Grundbedarfe wie Ernährung, Unterkunft und Heizung an den Konsumausgaben insgesamt ausfällt, desto geringer ist der Freiraum für soziale Teilhabe (z. B. Besuch von Veranstaltungen, Essenseinladungen), Hobbys (z. B. Sport, für dessen Ausübung adäquate Kleidung und eine Vereinsmitgliedschaft erforderlich sind) und bildungsrelevante Anschaffungen bzw. Aktivitäten (z. B. Bücher, Internetzugang und -nutzung, Teilnahme an Kursen).⁸

6 Sonstige Ausgaben sind Ausgaben, die nicht dem Konsum zugerechnet werden: Kfz-Steuer u.Ä., Beiträge zu Zusatzversicherungen und sonstigen privaten Versicherungen (auch Kfz-Versicherungen), Mitgliedsbeiträge an Vereine etc., Geldspenden und -geschenke, Unterhaltszahlungen, Geldstrafen, Gerichtskosten u.Ä.; vgl. StBA 2010: 11 (hier aber ohne Ausgaben für Kreditzinsen und -tilgung).

7 Zu den Einnahmen zählen neben dem Haushaltsnettoeinkommen auch Steuerrückerstattungen, Beihilfen im öffentlichen Dienst, Erstattungen und Leistungen privater Versicherungen, Rückvergütungen auf Warenkäufe, Einnahmen aus Rückzahlungen, Erstattungen, Spesen, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. von Gebrauchtwagen).

8 Der negative Zusammenhang zwischen dem Einkommen und dem Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und Miete ist als Engel-Schwabe'sches Gesetz bekannt.

Bei der Berechnung der genannten relativen Niveaus, Quoten und Strukturen wird generell an gruppenspezifische Durchschnittswerte angeknüpft. Beispielsweise ergibt sich die Konsumquote einer Wohlstandsschicht aus deren Durchschnittskonsum in Relation zu ihrem Durchschnittseinkommen, was zu anderen Ergebnissen führt als die Ableitung aus den individuellen Konsumquoten (Becker 2014a: 14 f.). Die Bezugnahme auf individuelle Beträge, Quoten, Konsumstrukturen und Vermögensänderungen wäre als Kriterium für Teilhabe aber weniger geeignet. Denn diese sind wegen Anspar- und Entspargvorgängen im Zusammenhang mit größeren Anschaffungen sehr volatil und schwer interpretierbar. Beispielsweise ist eine Ausgabenspitze wegen Anschaffung einer Waschmaschine, für die lange gespart wurde, kein Indiz für gehobene Konsumteilhabe; und analog kann aus der Auflösung eines Guthabens (Entsparen) zwecks Anschaffung eines Luxusautos nicht auf Armut oder Prekarität geschlossen werden. Bei gruppenspezifischen Durchschnitten gleichen sich – wie bereits erwähnt – „Ausreißer“ nach oben und nach unten tendenziell aus.

Trotz der vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten, die das Datenmaterial bietet, verbleiben methodische Schwierigkeiten bei der Umsetzung des skizzierten Konzepts für die Gesamtbevölkerung. Da Konsumausgaben auf der Haushaltsebene erfasst werden, sind sie über verschiedene Haushaltstypen nicht unmittelbar vergleichbar und müssen vorab in personell zurechenbare Größen umgerechnet werden. Dabei wäre der einfache Ansatz von Pro-Kopf-Beträgen – also die Division der Haushaltsausgaben durch die Zahl der Haushaltsmitglieder – unrealistisch, da bei vielen, wenn nicht bei allen Gütern mehr oder minder beträchtliche Haushaltsgrößensparnisse anzunehmen sind. Wenn beispielsweise zu einem Einpersonenhaushalt eine Person hinzukommt, erhöhen sich die Wohnkosten – bei gleichbleibendem Standard – nicht etwa auf das Doppelte, sondern um einen deutlich geringeren Teil; denn Flur, Küche, Bad und Wohnzimmer werden gemeinsam genutzt, sodass der Fixkostenanteil von Wohnungsmieten erheblich ist. Zudem sind Bedarfe insbesondere von Kindern altersspezifisch und unterscheiden sich dementsprechend von Erwachsenenbedarfen. So ist bei einem Kleinkind von geringeren Kosten der Ernährung als bei der Mutter bzw. beim Vater auszugehen, während die Aufwendungen für Spielwaren für das Kind vergleichsweise hoch ausfallen. Zur Berücksichtigung dieser Aspekte kann für die Analyse der schichtspezifischen Niveaus der Konsumausgaben insgesamt (Abschnitt 3) auf den in der Verteilungsforschung gängigen Ansatz der Gewichtung mit einer Äquivalenzskala zurückgegriffen werden. In Analogie zu den Umwandlungen von Haushaltseinkommen und -vermögen in personell zurechenbare Ressourcen, die der Schichtung zugrunde liegen (vgl. Kapitel 13), wird hier die neue (modifizierte) OECD-Skala zur Umrechnung der Ausgaben von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur in Single-Äquivalente der Konsumteilhabe verwendet.⁹

9 Die erste Person im Haushalt wird mit 1 gewichtet, allen weiteren Personen ab 14 Jahren wird ein Bedarfsgewicht von 0,5 zugeordnet, Kinder unter 14 Jahren werden mit 0,3 gewichtet. Damit werden für Zwei- und Dreipersonenhaushalte erhebliche Haushaltsgrößensparnisse unterstellt, die aber mit weiter zunehmender Haushaltsgröße nicht weiter steigen (die Bedarfsgewichte aller Personen sind unabhängig von der Haushaltsgröße).

Dieser Ansatz ist allerdings zur Analyse der Ausgaben für einzelne Güter oder Gütergruppen und zur Untersuchung von Ausgabenstrukturen nicht geeignet. Denn dabei ist, wie oben ausgeführt, von güterspezifischen Haushaltsgrößenersparnissen, Fixkostenanteilen und personellen Teilhabeeffekten, also von unterschiedlichen Äquivalenzskalen für einzelne Güter(gruppen) auszugehen. Für die meisten Ausgaben sind Skalen- bzw. Bedarfsgewichte (Divisor der Haushaltsausgaben) zwischen der Zahl der Haushaltsmitglieder (Güter ohne Fixkostenanteile, keine Haushaltsgrößenersparnisse, identische Bedarfe aller Haushaltsmitglieder, z. B. Schuhe) und eins (Güter mit einem Fixkostenanteil von 100 %, z. B. Flatrate des Festnetzanschlusses) anzunehmen, eine Quantifizierung im Einzelnen ist aber mit großen Schwierigkeiten verbunden.¹⁰ Deshalb sind im Folgenden die Darstellungen von schichtspezifischen Konsumstrukturen (4.2) sowie die Untersuchung der Konsumteilhabe von Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen (5) auf jeweils zwei Haushaltstypen beschränkt.¹¹

3 Konsum und (verbleibende) finanzielle Spielräume nach Wohlstandsschichten – Gesamtbevölkerung

Abbildung 18.1 vermittelt einen ersten Eindruck von der Ungleichheit von Konsumniveaus (vgl. auch Tabellen 18.1a und 18.1b, Zeilen „relatives Konsumniveau“). Die Gruppe in materieller Armut kann nur etwa die Hälfte des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts für den (äquivalenzgewichteten) Konsum aufbringen, bei guter Ressourcenausstattung entspricht das Konsumniveau nahezu dem Doppelten des Konsumniveaus bei materieller Armut bzw. ist ungefähr so hoch wie der Gesamtdurchschnitt, und bei reicher Ressourcenausstattung wird im Durchschnitt das Dreifache des Armutskonsums bzw. das 1,5-Fache des Gesamtdurchschnitts ausgegeben. Zwischen 2003 und 2008 haben sich die Diskrepanzen nochmals leicht vergrößert.

Hinter diesen zusammenfassenden Zahlen verbergen sich allerdings teilweise große Unterschiede innerhalb der einzelnen Wohlstandsschichten. Wie die Differenzierung nach der Bedeutung von Einkommen bzw. Vermögen für die Schichtzuweisung in Abbildung 18.2 zeigt, ist das Konsumniveau stärker vom Einkommen als vom Vermögen bestimmt. Beispielsweise resultiert das von Haushalten mit guter Ressourcenausstattung erreichte Konsumniveau, das in Höhe des Gesamtdurchschnitts liegt, aus einem mit etwa 120 % weit überdurchschnittlichen Konsumniveau der Haushalte mit Dominanz des Einkommens („gute Lage Y+“)¹² und einem mit ungefähr 95 % unterdurchschnittlichen Konsumniveau der Haushalte mit Domi-

10 Vgl. in diesem Zusammenhang Münnich 2006; Münnich/Krebs 2002; Dudel u. a. 2013.

11 Der Konsumanalyse in Becker 2014a liegt eine alternative Differenzierung nach Haushaltsgrößen zugrunde, diese frühere Studie basiert allerdings auf einer eindimensionalen Schichtung nach Einkommensquintilen.

12 Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 125 % und 150 % oder zwischen 150 % und 200 % des Medians, äquivalenzgewichtetes Vermögen unterhalb des Dreifachen bzw. des Einfachen des jährlichen Medianeinkommens; vgl. Tabelle 13.6 in Kapitel 13.

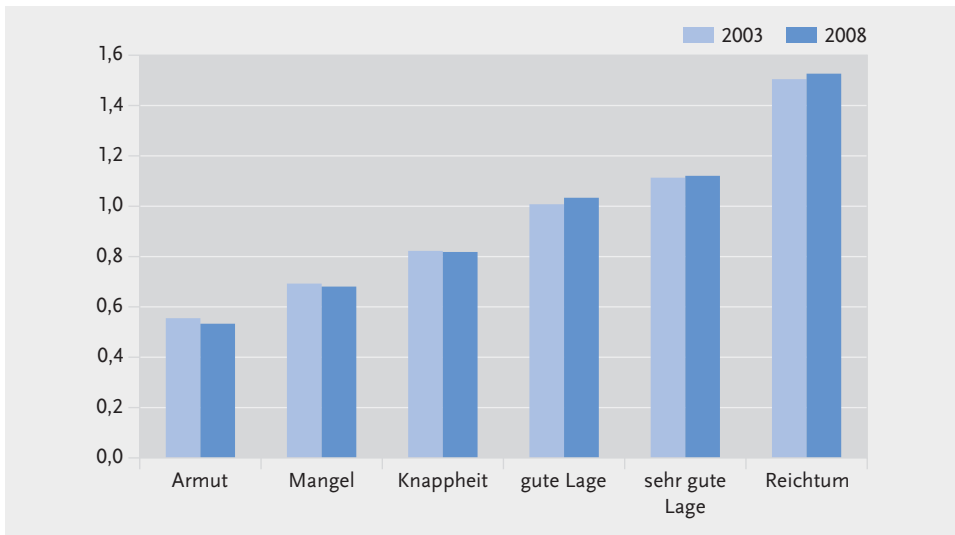


Abb. 18.1: Relative Konsumniveaus¹ nach Wohlstandsschichten²

1 Gruppenspezifischer Durchschnitt der äquivalenzgewichteten Konsumausgaben in Relation zum Gesamtdurchschnitt.

2 Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6.

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

nanz des Vermögens („gute Lage V+“)¹³ bei der Klassifizierung. Offenbar bleiben Vermögen häufig unangetastet – was insbesondere plausibel ist, wenn es sich um Wohneigentum handelt, aber auch Präferenzen für „Zukunftskonsum“ oder Verbrauchsmotive spiegelt –, während das laufende Einkommen eher für die Befriedigung vielfältiger Bedürfnisse verwendet wird. Allerdings zeigt sich bei Ressourcenarmut¹⁴ ein positiver Effekt von (wenn auch geringem) Vermögen – das Konsumniveau liegt bei dieser Teilgruppe („Armut V+“) mit 54,4 % (2008) um gut zwei Prozentpunkte über dem der Teilgruppe ohne jegliches Vermögen oder mit Nettoverschuldung. Am oberen Ende der Wohlstandsskala wird in der Teilgruppe mit Einkommens- und Vermögensreichtum („Reichtum wg. Y und V“ in Abbildung 18.2)¹⁵ mit dem 1,8-Fachen des Durchschnitts das höchste Konsumniveau realisiert.

Der kurze Blick auf systematische Unterschiede innerhalb von Schichten weist exemplarisch auf die Ausdifferenzierung von Konsumverhalten und letztlich von Lebensstilen hin. Mit der Klassifizierung der Bevölkerung in nur sechs Gruppen ma-

13 Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 75 % und 100 % oder zwischen 100 % und 125 % des Medians, Vermögen zwischen dem Dreifachen und dem Siebenfachen bzw. unterhalb des Dreifachen des jährlichen Medianeinkommens; vgl. Tabelle 13.6 in Kapitel 13.

14 Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb von 60 % des Medians, Vermögen von maximal der Hälfte des jährlichen Medianeinkommens.

15 Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Durchschnitts, äquivalenzgewichtetes Vermögen oberhalb des Jahresmedianeinkommens.

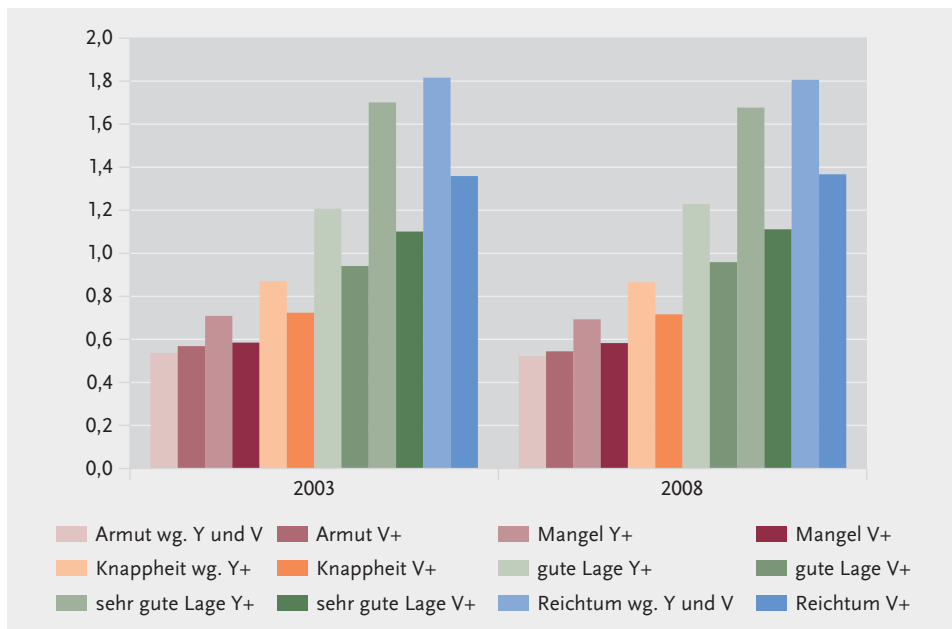


Abb. 18.2: Relative Konsumniveaus¹ nach Wohlstandsschichten, differenziert nach Einkommens-/Vermögenssituation (Y bzw. V)²

1 Gruppenspezifischer Durchschnitt der äquivalenzgewichteten Konsumausgaben in Relation zum Gesamtdurchschnitt.

2 Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6. Die Differenzierung erfolgte nach der bei der Schichtzuordnung dominierenden Ressourcenart:

- Armut wg. Y und V = Einkommensarmut und kein Vermögen bzw. Nettoschulden;
- Armut V+ = Einkommensarmut und geringes Vermögen;
- ... Y+ = Einordnung in nächsthöhere Schicht insbesondere wegen höheren Einkommens;
- ... V+ = Einordnung in nächsthöhere Schicht insbesondere wegen höheren Vermögens;
- Reichtum wg. Y und V = Einkommensreichtum und sehr hohes Vermögen;
- Reichtum V+ = sehr hohes Vermögen, aber kein Einkommensreichtum.

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

teriellen Wohlstands in den weiteren Analysen wird also eine weitreichende Bündelung verschiedener Ausprägungen von Teilhabe vorgenommen. Dies kann im vorliegenden Kontext hingenommen werden. Denn oberhalb von knapper Ressourcenausstattung, also im Bereich gesicherter Teilhabe, sind Wohlfahrtseffekte ohnehin mit zunehmender Gliederungstiefe von Gruppen immer weniger vom Einfluss von Präferenzen auf das Konsumverhalten zu unterscheiden.

Tabelle 18.1a weist mehrere Indikatoren zum Hintergrund des geringen Konsumniveaus bei materieller Armut und bei prekärer Ressourcenlage aus. Neben dem monatlichen Einkommen können auch sonstige Einnahmen – z. B. aus Warenverkäufen oder Schadensregulierungen von privaten Versicherungen – für Konsumzwecke verwendet werden, die Summe reicht in den beiden untersten Schichten aber nicht,

um alle Ausgaben (dritter Block in der Tabelle) zu decken. Folglich ergibt sich bei Armut oder mangelhafter Ressourcenausstattung im jeweiligen Gruppendurchschnitt eine negative Ersparnis, die hauptsächlich aus der Auflösung von kleinen Guthaben – bei etwa einem Viertel der Betroffenen –, selten aus der Aufnahme von Konsumtenkrediten resultiert (fünfter Block in der Tabelle). Die Rückgriffe auf Ersparnisse sind bei Haushalten in materieller Armut zwischen 2003 und 2008 allerdings seltener geworden, was mit der Entwicklung des Durchschnittsvermögens dieser Haushalte kompatibel ist; es ist negativ geworden, zeigt also nunmehr eine Nettoverschuldung an (Rückgang von 415 Euro in 2003 auf -634 Euro in 2008). Dementsprechend sind die nominellen Konsumausgaben nahezu unverändert geblieben bzw. real um etwa 10 % zurückgegangen und die Ausgabenquoten gesunken (letzter Block in Tabelle 18.1a). Innerhalb des Beobachtungszeitraums ist also nicht nur der Bevölkerungsanteil in materieller Armut um 30 % auf 11,4 % gestiegen (erste Zeile), auch die Situation dieser Gruppe hat sich verschärft, obwohl bereits 2003 das Konsumniveau nur 56 % des Durchschnitts erreichte – trotz Entsparens in Höhe von 9 % der Einnahmen (letzte Tabellenzeile). Die weitere Absenkung des relativen Konsumniveaus um drei Prozentpunkte bis 2008 lässt auf Unterdeckung des Minimums schließen, das für ein Teilhaben am Leben in der Gemeinschaft notwendig ist.

Auch bei mangelhafter und bei knapper Ressourcenausstattung (unterer und oberer Bereich der Prekarität) sind die Konsumausgaben hinter dem etwa 10 % betragenden Preisanstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben, allerdings nicht so weit wie im Armutssegment. Im Bereich von Ressourcenmangel (untere Gruppe innerhalb der Prekarität) sind zudem die Mittelwerte des Vermögens gesunken; sie waren 2008 zwar immerhin noch positiv, aber überwiegend in den Immobilien einer sehr kleinen Teilgruppe (6 % der Personen in Mangellage) gebunden – der durchschnittliche Geldvermögensbestand ist also von etwa 1.750 Euro auf unter 600 Euro gefallen. In der oberen Gruppe der Prekarität (Ressourcenknappheit), deren Größe um 1,5 Prozentpunkte bzw. 6 % auf 24,2 % abgenommen hat, liegen mittlere Einkommen und Vermögen zwar schon deutlich über denen der beiden unteren Gruppen, und Einnahmen und Ausgaben halten sich die Waage; dennoch werden nur gut vier Fünftel des durchschnittlichen Konsums erreicht, und Rücklagen können nicht gebildet werden – ein Indiz für noch ungedeckte Bedarfe.

Demgegenüber zeigt sich schon für die unterste Gruppe des Teilhabebereichs (gute Ressourcenausstattung) eine sprunghafte Verbesserung der Lebensverhältnisse (Tabelle 18.1b). Das Konsumniveau liegt nahe dem gesellschaftlichen Durchschnitt und damit um ein Viertel über dem Niveau der Gruppe mit knappen Ressourcen, und daneben kann auch noch gespart werden – 2008 immerhin fast 8 % der Einnahmen. Mindestbedarfe und vorrangige Teilhabewünsche sind offenbar gedeckt. Die der Schichtabgrenzung immanente Annahme, dass hier die Ressourcen für ein Leben in Teilhabe reichen müssten, erscheint als gerechtfertigt.

Tab. 18.1a: Einnahmen, Ausgaben und Vermögenssituation der Bevölkerung in materieller Armut oder Prekarität¹

	materielle Armut		Prekarität, materielle Ressourcen ...			
			mangelhaft		knapp	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
1. Bevölkerungsanteil	8,8 %	11,4 %	7,4 %	7,2 %	25,7 %	24,2 %
2. Einkommen (€ p. M.)						
arithmetisches Mittel	750	793	1.017	1.085	1.255	1.335
Median	771	803	1.036	1.100	1.271	1.354
sonstige Einnahmen (€ p. M.)	25	20	38	27	59	50
3. Konsumausgaben (€ p. M.)	804	816	1.003	1.042	1.192	1.252
relatives Konsumniveau	56 %	53 %	69 %	68 %	82 %	82 %
sonstige Ausgaben (€ p. M.)	37	37	63	66	83	98
Kreditzinsen, -tilgung (€ p. M.)	19	18	37	42	36	40
4. Vermögen (€)						
arithmetisches Mittel	415	-634	2.223	1.349	33.085	34.396
Median	149	3	2.221	1.088	19.157	20.214
Personen mit Immobilien	1 %	1 %	4 %	6 %	37 %	37 %
Vermögensanteil Immobilien	33 %	.	22 %	57 %	65 %	64 %
5. Vermögensänderungen						
Personen mit ...						
Vermögensauflösung	25 %	21 %	27 %	26 %	35 %	36 %
Kreditaufnahme	4 %	3 %	5 %	5 %	4 %	4 %
Ersparnis (€ p. M.)	-70	-45	-18	-10	7	-5
6. Mittelverwendungsquoten						
Konsum	103,8 %	100,4 %	95,1 %	93,7 %	90,7 %	90,5 %
sonstige Ausgaben	5,0 %	4,6 %	6,2 %	6,1 %	6,6 %	7,4 %
Sparen	-9,0 %	-5,5 %	-1,7 %	-0,9 %	0,6 %	-0,4 %

1 Erläuterungen: Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13, Tabelle 13.6. Alle hier ausgewiesenen Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensbeträge sind mit der neuen OECD-Skala (1,0 für die Bezugsperson, 0,5 für weitere Personen ab 14 Jahren, 0,3 für Kinder/Jugendliche unter 14 Jahren) gewichtet.

Legende:

- Einkommen: modifiziertes Nettokonzept, d. h. Haushaltsbruttoeinkommen abzüglich nicht nur der Einkommensteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, sondern auch von notwendigen Vorsorgeaufwendungen von Personen, die freiwillig oder nicht der Sozialversicherung angehören (bei Selbstständigen auch Abzug fiktiver Alterssicherungsaufwendungen); vgl. Kapitel 13, Abschnitt 2;
- sonstige Einnahmen: Steuerrückerstattungen, Beihilfen im öffentlichen Dienst, Erstattungen und Leistungen privater Versicherungen, Rückvergütungen auf Warenkäufe, Einnahmen aus Rückzahlungen, Erstattungen, Spesen, Verkäufen von Waren;
- relatives Konsumniveau: gruppenspezifischer Durchschnitt der äquivalenzgewichteten Konsumausgaben in Relation zum Gesamtdurchschnitt;
- sonstige Ausgaben: Kfz-Steuer u. Ä., Beiträge zu Zusatzversicherungen und sonstigen privaten Versicherungen (auch Kfz-Versicherungen), die nicht als notwendige Vorsorge bei der modifizierten Nettoeinkommensberechnung abgesetzt wurden, Mitgliedsbeiträge an Vereine etc., Geldspenden und -geschenke, Unterhaltszahlungen, Geldstrafen, Gerichtskosten u. Ä.;

- Kreditzinsen, -tilgung, -aufnahme: bei diesen Indikatoren werden nur Raten- bzw. Konsumentenkredite berücksichtigt (keine Hypotheken etc.);
- Vermögen: Haushaltsbruttovermögen abzüglich aller Schulden;
- Vermögensauflösung: Verkauf von Grund-, Betriebsvermögen, Gold, Edelmetallen, Auflösung von Geldvermögen; dies ist nicht mit Entsparvorgängen gleichzusetzen, da das aufgelöste Vermögen teilweise lediglich umgeschichtet (neu angelegt) wird;
- Ersparnis, Sparen: Residuum aus Einkommen und sonstigen Einnahmen nach Abzug von Konsum-, sonstigen Ausgaben und Zinszahlungen; Abweichungen der Summe der Einkommensverwendungsquoten von 1 entsprechen den nicht ausgewiesenen Quoten der Zinszahlungen (für Konsumenten- und Immobilienkredite).

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Mit zunehmender Ressourcenausstattung steigen Konsumniveau und Ersparnisse weiter, und die Mittelwerte der (äquivalenzgewichteten) Vermögen (dritter Block der Tabelle 18.1b) vervielfachen sich bereits in der mittleren Gruppe des Teilhabebereichs. Die hier als sehr gut definierten Ressourcenausstattungen umfassen einerseits einkommensreiche Haushalte mit allenfalls geringen Vermögen („Y+“ in Abbildung 18.2) und andererseits Vermögensreiche mit moderatem Einkommen („V+“ in Abbildung 18.2). Letztere Teilgruppe dominiert mit 98 %¹⁶, was sich in der Verdreifachung des Durchschnittsvermögens gegenüber dem untersten Teilhabebereich (gute Ressourcenlage) niederschlägt; das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen fällt aber nur um ungefähr 12 % höher aus, das Konsumniveau steigt noch weniger. Die sehr gute Vermögensposition spiegelt den verbreiteten Immobilienbesitz und wird nicht für Konsumsteigerungen verwendet, und aus dem laufenden Einkommen wird ein erheblicher Teil gespart – nach Äquivalenzgewichtung 233 Euro pro Haushaltsmitglied (2008)¹⁷ bzw. gut 10 % der Gesamteinnahmen. Teilhabebedürfnisse sind offenbar weitgehend befriedigt, auch wenn es sich bei der Vermögensbildung – wie auch in der Gruppe mit guter Ressourcenausstattung – weitgehend um Abzahlungen für kreditfinanziertes Wohneigentum handeln dürfte; denn dieses „Zwangssparen“ ist letztlich doch freiwillig, da es eine hohe Präferenz beispielsweise für individuell gestaltetes Wohnen oder für eine sichere Geldanlage und entsprechend geringere Bedeutung anderer Wünsche spiegelt.

16 Es gibt also kaum Einkommensreichtum (Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb des Zweifachen des Medians), der nicht mit erheblichem Vermögen einhergeht; dies ergibt sich nicht nur aus EVS-Analysen, sondern auch auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP v29, eigene Berechnungen).

17 Dem entsprechen beispielsweise bei einem Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren knapp 500 Euro, die von dem Haushalt gespart werden.

Tab. 18.1b: Einnahmen, Ausgaben und Vermögenssituation der Bevölkerung mit materieller Teilhabe¹

	Teilhabe, Ressourcenausstattung ...					
	gut		sehr gut		reich	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
1. Bevölkerungsanteil	20,3 %	19,0 %	22,2 %	21,5 %	15,8 %	16,7 %
2. Einkommen (€ p. M.)						
arithmetisches Mittel	1.740	1.867	1.945	2.100	3.045	3.307
Median	1.691	1.813	1.825	1.973	2.677	2.954
sonstige Einnahmen (€ p. M.)	80	85	108	100	211	211
3. Konsumausgaben (€ p. M.)	1.460	1.582	1.613	1.715	2.180	2.337
relatives Konsumniveau	101 %	103 %	111 %	112 %	150 %	153 %
sonstige Ausgaben (€ p. M.)	111	129	124	153	224	266
Kreditzinsen, -tilgung (€ p. M.)	36	48	25	32	31	31
4. Vermögen (€)						
arithmetisches Mittel	43.518	45.317	124.533	133.991	279.149	287.179
Median	36.584	39.261	101.788	103.049	193.736	203.374
Personen mit Immobilien	58 %	61 %	90 %	90 %	96 %	95 %
Vermögensanteil Immobilien	71 %	68 %	76 %	72 %	70 %	65 %
5. Vermögensänderungen						
Personen mit ...						
Vermögensauflösung	36 %	38 %	40 %	44 %	46 %	51 %
Kreditaufnahme	3 %	4 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Ersparnis (€ p. M.)	168	150	224	233	700	764
6. Mittelverwendungsquoten						
Konsum	80,3 %	81,0 %	78,6 %	78,0 %	67,0 %	66,4 %
sonstige Ausgaben	6,4 %	6,9 %	6,4 %	7,3 %	7,4 %	8,0 %
Sparen	9,3 %	7,7 %	10,9 %	10,6 %	21,5 %	21,7 %
1 Erläuterungen: Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13, Tabelle 13.6. Alle hier ausgewiesenen Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensbeträge sind mit der neuen OECD-Skala (1,0 für die Bezugsperson, 0,5 für weitere Personen ab 14 Jahren, 0,3 für Kinder/Jugendliche unter 14 Jahren) gewichtet. Legende: • Einkommen: modifiziertes Nettokonzept, d. h. Haushaltsbruttoeinkommen abzüglich nicht nur der Einkommensteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, sondern auch von notwendigen Vorsorgeaufwendungen von Personen, die freiwillig oder nicht der Sozialversicherung angehören (bei Selbstständigen auch Abzug fiktiver Alterssicherungsaufwendungen); vgl. Kapitel 13, Abschnitt 2; • sonstige Einnahmen: Steuerrückerstattungen, Beihilfen im öffentlichen Dienst, Erstattungen und Leistungen privater Versicherungen, Rückvergütungen auf Warenkäufe, Einnahmen aus Rückzahlungen, Erstattungen, Spesen, Verkäufen von Waren; • relatives Konsumniveau: gruppenspezifischer Durchschnitt der äquivalenzgewichteten Konsumausgaben in Relation zum Gesamtdurchschnitt; • sonstige Ausgaben: Kfz-Steuer u. Ä., Beiträge zu Zusatzversicherungen und sonstigen privaten Versicherungen (auch Kfz-Versicherungen), die nicht als notwendige Vorsorge bei der modifizierten Nettoeinkommensberechnung abgesetzt wurden, Mitgliedsbeiträge an Vereine etc., Geldspenden und -geschenke, Unterhaltszahlungen, Geldstrafen, Gerichtskosten u. Ä.; • Kreditzinsen, -tilgung, -aufnahme: bei diesen Indikatoren werden nur Raten- bzw. Konsumentenkredite berücksichtigt (keine Hypotheken etc.);						

(Fortsetzung Tab. 18.1b)

- Vermögen: Haushaltsbruttovermögen abzüglich aller Schulden;
- Vermögensauflösung: Verkauf von Grund-, Betriebsvermögen, Gold, Edelmetallen, Auflösung von Geldvermögen; dies ist nicht mit Entsparvorgängen gleichzusetzen, da das aufgelöste Vermögen teilweise lediglich umgeschichtet (neu angelegt) wird;
- Ersparnis, Sparen: Residuum aus Einkommen und sonstigen Einnahmen nach Abzug von Konsum-, sonstigen Ausgaben und Zinszahlungen; Abweichungen der Summe der Einkommensverwendungsquoten von 1 entsprechen den nicht ausgewiesenen Quoten der Zinszahlungen (für Konsumenten- und Immobilienkredite).

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Demgegenüber zeigt sich in der obersten Gruppe des Teilhabebereichs eine andere Qualität von Wohlstand. Einkommen und Konsumniveau (beides äquivalenzgewichtet) fallen 2008 bei reicher Ressourcenausstattung um 57 % bzw. 36 % höher aus als bei sehr guter Einkommens- und Vermögenssituation, die äquivalenzgewichteten Nettovermögen erreichen mehr als das Doppelte der darunter liegenden Schicht. Aus dem in Tabelle 18.1b ausgewiesenen Vermögensdurchschnitt von 287.179 Euro ergibt sich beispielsweise für ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren ein Haushaltsnettovermögen von gut 600.000 Euro. Wenn bei derartigen Beständen und einem relativen Konsumniveau von gut 150 % noch mehr als ein Fünftel der Einnahmen gespart werden kann (2008: 764 Euro nach Äquivalenzgewichtung), ist anzunehmen, dass keine materiellen Wünsche offenbleiben und vielfältiger Luxus möglich ist. Der Bevölkerungsanteil (vgl. erste Zeile in Tabelle 18.1b) dieser Reichen beläuft sich immerhin auf ein Sechstel und ist von 2003 bis 2008 leicht gestiegen.

4 Schichtspezifische Ausgaben(strukturen) ausgewählter Haushaltstypen

4.1 Gruppenspezifische Verteilungen und relative Positionen

Materieller Mangel auf der einen Seite und begüterte Teilhabe auf der anderen Seite sind für verschiedene Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Häufigkeiten, teilweise auch mit unterschiedlichen Intensitäten – gemessen am gruppenspezifischen Abstand vom Gesamtdurchschnitt (relatives Niveau von Einkommen bzw. Konsum) – beobachtbar. Dies wird in Tabelle 18.2 am Beispiel von vier Haushaltstypen dargestellt; für Vergleiche mit entsprechenden Ergebnissen für die Gesamtbevölkerung werden jeweils die Tabellen 18.1a und 18.1b herangezogen.¹⁸ Mehr als ein Fünftel der Alleinlebenden und sogar fast 30 % der Alleinerziehenden mit zwei Kindern lebten 2008 in materieller Armut gegenüber 11,4 % im Bevölkerungsdurchschnitt. Bei beiden Haushaltstypen hat sich der Anteil der von Armut Betroffenen

¹⁸ Zusammenfassende Verteilungsergebnisse bei teilweise tieferer Disaggregation der Haushaltstypen finden sich in Kapitel 13 (Tabelle 13.9) auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP v29, eigene Berechnungen).

gegenüber 2003 erhöht, relatives Einkommens- und Konsumniveau sind ähnlich wie im Armutssegment insgesamt tendenziell gesunken, und die Sparquoten bleiben – bei den Alleinlebenden mit -10 % deutlich – negativ. Auch die zweite Schicht, also die Teilgruppe mit mangelhafter Ressourcenausstattung, kommt unter Alleinlebenden und Alleinerziehenden vergleichsweise häufig vor¹⁹, wobei das Konsumniveau – wieder übereinstimmend mit der Gesamtgruppe der Haushalte mit mangelhafter Ressourcenlage (Tabelle 18.1a) – nur knapp 70 % erreicht und keine Rücklagen gebildet werden können. Bei Ressourcenknappheit (dritte Schicht) haben zumindest Alleinerziehende eine im Durchschnitt leicht positive Ersparnis, Alleinlebende sind auch hier im Minus.

Tab. 18.2: Verteilung der Personen des jeweiligen Haushaltstyps (P.) nach Wohlstandsschichten und schichtspezifische Einkommen (Y), Konsumausgaben (K) und Sparquoten¹ für ausgewählte Haushaltstypen²

Materielle Ressourcenlage ...	2003				2008			
	Anteil an allen P.	Relatives Niveau		Sparquote	Anteil an allen P.	Relatives Niveau		Sparquote
	Y	K		Y	K			
Alleinlebende								
arm	18,7 %	42 %	54 %	-9,9 %	22,6 %	41 %	53 %	-9,6 %
mangelhaft	11,5 %	59 %	70 %	-3,8 %	9,9 %	57 %	69 %	-3,7 %
knapp	29,4 %	72 %	84 %	-1,1 %	27,9 %	71 %	85 %	-3,9 %
gut	15,2 %	105 %	109 %	7,4 %	14,5 %	104 %	112 %	4,3 %
sehr gut	13,3 %	114 %	113 %	9,0 %	12,9 %	112 %	117 %	6,0 %
reich	11,8 %	188 %	163 %	19,1 %	12,3 %	181 %	155 %	19,5 %
insgesamt	100,0 %	89 %	94 %	6,3 %	100,0 %	86 %	93 %	4,7 %
Paare ohne Kind								
arm	4,8 %	43 %	57 %	-11,8 %	6,6 %	43 %	53 %	-6,0 %
mangelhaft	4,7 %	58 %	72 %	-6,9 %	5,1 %	59 %	67 %	0,4 %
knapp	20,8 %	73 %	85 %	-0,7 %	21,3 %	72 %	85 %	-3,0 %
gut	20,2 %	104 %	109 %	7,4 %	18,3 %	103 %	109 %	5,7 %
sehr gut	24,6 %	114 %	120 %	7,3 %	23,6 %	114 %	119 %	5,9 %
reich	24,9 %	179 %	158 %	19,1 %	25,1 %	184 %	164 %	18,6 %
insgesamt	100,0 %	114 %	115 %	10,2 %	100,0 %	113 %	114 %	9,5 %
Paare mit zwei Kindern								
arm	4,1 %	46 %	59 %	-10,0 %	5,8 %	45 %	53 %	-0,7 %
mangelhaft	6,1 %	60 %	67 %	2,8 %	5,8 %	59 %	66 %	2,0 %
knapp	28,2 %	73 %	80 %	2,8 %	23,4 %	72 %	80 %	0,8 %
gut	24,1 %	97 %	94 %	9,4 %	24,0 %	98 %	97 %	9,8 %
sehr gut	26,9 %	110 %	102 %	14,8 %	27,5 %	113 %	106 %	15,1 %
reich	10,7 %	169 %	135 %	26,2 %	13,5 %	172 %	137 %	26,7 %
insgesamt	100,0 %	97 %	94 %	12,2 %	100,0 %	101 %	96 %	13,3 %

19 In der Gesamtbevölkerung macht diese Schicht 7,4 % (2003) bzw. 7,2 % (2008) aus (Tabelle 18.1a, erste Zeile).

(Fortsetzung Tab. 18.2)

Materielle Ressourcenlage ...	2003				2008			
	Anteil an allen P.	Relatives Niveau		Sparquote	Anteil an allen P.	Relatives Niveau		Sparquote
		Y	K			Y	K	
Alleinerziehende mit zwei Kindern								
arm	24,9 %	45 %	56 %	-7,3 %	28,9 %	44 %	53 %	-1,9 %
mangelhaft	16,4 %	58 %	66 %	3,1 %	18,3 %	58 %	71 %	-3,6 %
knapp	29,5 %	73 %	80 %	3,9 %	29,1 %	71 %	77 %	4,0 %
gut	13,9 %	95 %	96 %	8,5 %	(11,4 %)	(93 %)	(106 %)	(-1,0 %)
sehr gut	(11,2 %)	(108 %)	(101 %)	(10,9 %)	(10,7 %)	(108 %)	(103 %)	(14,1 %)
reich	(4,0 %)	(165 %)	(154 %)	(10,0 %)	.	.	.	.
insgesamt	100,0 %	74 %	79 %	4,6 %	1,0000	69 %	76 %	3,4 %
Legende zu Tabellenfeldern: () = Aussagewert eingeschränkt, da Ergebnis wegen geringer Fallzahl statistisch relativ unsicher ist . = Ergebnis wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen (Geheimhaltung) 1 Zu Begriffen und Schichtabgrenzungen vgl. Fußnote unter Tabelle 18.1a 2 Haushalte der jeweiligen Bezeichnung ohne sonstige Personen; bei den Familien mit Kindern wurden nur diejenigen mit mindestens einem/einer Erwachsenen unter 60 Jahren berücksichtigt; als Kinder gelten alle Personen unter 18 Jahren, die nicht Haushaltsvorstand sind, sowie ledige kinderlose Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben; Kinder sind auch Pflege- oder Adoptivkinder.								

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Anders stellt sich die Situation der Paarhaushalte dar, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Tabelle 18.1a, erste Zeile) weit unterdurchschnittlich von Ressourcenarmut oder -mangel betroffen sind. Mehr als zwei Drittel der Paare ohne Kind leben im Teilhabebereich – innerhalb der Gesamtbevölkerung sind es 57 % (Tabelle 18.1b) –, etwa ein Viertel lebt in Reichtum – gegenüber einem Sechstel in der Gesamtbevölkerung – und auf einem Konsumniveau von 164 % (gegenüber 153 % im Reichtumssegment insgesamt; 2008), bei dem noch genug Mittel für eine beträchtliche Ersparnis von 19 % der Einnahmen übrig bleiben. Unter den Paaren mit zwei Kindern ist Reichtum zwar vergleichsweise selten vertreten – Tendenz steigend (von 10,7 % auf 13,5 % in 2008)²⁰; gut die Hälfte der Familien dieses Typs lebt aber in guter oder sehr guter Einkommens- und Vermögenssituation.²¹ Dabei zeigen sich ein moderates Konsumniveau knapp unter bzw. knapp über dem Durchschnitt und – ebenso wie bei den reichen Paarfamilien – eine auffallend hohe Sparquote. Familien mit Kindern haben offenbar eine hohe Präferenz für „Zukunftskonsum“, wobei der Erwerb von Wohneigentum und die Vorsorge beispielsweise für die Ausbildung der Kinder leitend sein dürften. Auf der anderen Seite der Teilhabeschwelle lebt etwa ein Viertel der Paare mit zwei Kindern von knappen Ressourcen und auf einem Konsumniveau

20 Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich auf Basis von SOEP-Daten auch für 2011; vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.9.

21 Hier sind die in Tabelle 18.2 gesondert ausgewiesenen Teilgruppen von 24,0 % (gute Ressourcenlage) und 27,5 % (sehr gute Ressourcenlage) zusammengefasst.

von 80 %, ohne Möglichkeiten der Rücklagenbildung. Die Quote der von einer knappen Ressourcensituation betroffenen Zwei-Kinder-Paare entspricht etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt (Tabelle 18.1a), die Quoten der darunter liegenden Segmente sind unterdurchschnittlich. Die absolute Zahl der in materieller Armut und Mangeln lebenden Kinder ist dennoch nicht nur bei alleinerziehendem Elternteil, sondern auch in der Gruppe der Paarfamilien (zu) hoch (Kapitel 13: Tabelle 13.10).

4.2 Schichtspezifische Konsumstrukturen

Schichtspezifische Teilhabe spiegelt sich nicht nur im Niveau, sondern auch in der Struktur der Konsumausgaben. Denn bei knappen Ressourcen hat die Befriedigung von physiologischen Grundbedürfnissen meist Vorrang vor sozialen und kulturellen Teilhabedimensionen, sodass aus Konsumstrukturen Hinweise auf Teilhabemöglichkeiten und Wahlfreiheiten bei der Einkommensverwendung abgeleitet werden können. Dabei muss allerdings – wie bereits ausgeführt – grundsätzlich nach Haushaltstypen unterschieden werden, da jeweils spezifische Bedarfsstrukturen und Relationen zwischen Fix- und variablen Kosten der Lebensführung zu berücksichtigen sind (vgl. Becker 2014a: 35 ff.). Die folgenden Darstellungen beschränken sich auf Alleinlebende einerseits und Paare mit zwei Kindern als Beispiel für Familienhaushalte andererseits. Eine entsprechende Analyse für die Gruppe der Alleinerziehenden scheitert an der Konzentration dieser Gruppe im Armuts- und Prekaritätsbereich und den geringen Häufigkeiten im Teilhabebereich (Tabelle 18.2, unterster Block) – die Ableitung von Unterschieden zwischen schichtspezifischen Konsumstrukturen ist insbesondere wegen der zu kleinen Fallzahlen oberhalb der Prekariätsgrenze nicht möglich.

4.2.1 Konsumstrukturen von Alleinlebenden

Tabelle 18.3 weist in den Spalten 1 bis 6 die Konsumstrukturen (Anteile der jeweiligen Ausgabenart an den Konsumausgaben insgesamt) der Einpersonenhaushalte aus. Besonderes Augenmerk gilt den Unterschieden zwischen den güterspezifischen Ausgabenanteilen bei Ressourcenarmut und bei Ressourcenreichtum, die allerdings nicht losgelöst von dem dabei jeweils realisierten Ausgabenniveau interpretiert werden sollten. Deshalb wird ergänzend in Spalte 7 ein Indikator für die Spannweite der güterspezifischen Aufwendungen ausgewiesen; dazu werden die absoluten Durchschnittsbeträge bei Ressourcenreichtum durch die entsprechenden Durchschnittsausgaben im Armutsbereich dividiert, Erstere also in Vielfache der Letzteren umgerechnet. Da die Konsumstrukturen von 2003 und 2008 ähnlich sind, konzentrieren sich die textlichen Ausführungen auf 2008.

Erwartungsgemäß fallen die Anteile der Nahrungsmittelausgaben (einschließlich Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren) an den Konsumausgaben insgesamt umso geringer aus, je höher der materielle Wohlstand ist (2008 von etwa

19 % bei Armen auf 9 % bei Reichen fallend²², Spalten 1 bis 6). Offenbar wirken sich bei dieser Güterkategorie Sättigungsgrenzen aus – trotz vielfältiger Angebote luxuriöser Lebens- und Genussmittel, die sich darin spiegeln, dass die entsprechenden Durchschnittsausgaben der Reichen das 1,4-Fache dessen im Armutssegment ausmachen (Spalte 7). Ähnliche Zusammenhänge werden häufig auch für die Anteile der Ausgaben für Bekleidung und Wohnen angenommen, da diese ebenfalls physische Grundbedarfe decken sollen. Hier dominieren aber andere Abhängigkeiten von der Wohlstandsposition. Die Ausgaben für Bekleidung steigen bis zum unteren Teilhabebereich (gute Ressourcenausstattung) stärker als der Konsum insgesamt, was auf ungedeckte Bedarfe im Armuts- und Prekaritätsbereich hinweist. Erst bei sehr guter Ressourcenlage zeigt sich eine Verringerung des Ausgabenanteils auf 3,8 % und damit auf den ungefähr gleichen Anteil wie bei materieller Armut (3,6 %). Die Spannweite der Ausgabenniveaus ist folglich viel größer als bei den Nahrungsmittelausgaben: Bei materiellem Reichtum wird 2008 für Bekleidung das Dreifache des Durchschnitts im untersten Segment ausgegeben (Spalte 7). Wieder andere schichtspezifische Unterschiede zeigen sich bei den Ausgaben für Wohnen (einschließlich Nebenkosten). Dieser Kostenfaktor beläuft sich 2008 bei materieller Armut auf 45 % des Konsums, liegt im Bereich guter Ressourcenausstattung nur bei etwa einem Drittel, in den beiden obersten Gruppen wieder etwas höher (36,6 %). Damit erreicht das Ausgabenniveau der reichen Bevölkerung bei dieser Güterkategorie das 2,35-Fache dessen der armen Bevölkerung (Spalte 7).

Die bei zunehmenden materiellen Ressourcen nicht durchweg bzw. nur schwach sinkenden Anteile der Ausgaben für Bekleidung und Wohnen reflektieren das Zusammenspiel von (Grund-)Bedarfsdeckung und Präferenzen für besondere Lebensstile. Letztere sind bei den meisten weiteren Kategorien noch bedeutender, in denen die Ausgabenanteile mit der Wohlstandsposition durchweg steigen und im obersten Segment etwas mehr oder weniger als das Doppelte des entsprechenden Anteils im untersten Segment erreichen. So entfielen 2008 bei materieller Armut nur 7 % des Konsums auf die Ausgaben für Verkehr, bei materiellem Reichtum waren es 13,8 % – das absolute Ausgabenniveau liegt bei der Gruppe der Reichen damit beim 5,7-Fachen des Niveaus im untersten Bereich. Ähnlich hohe Relationen zwischen reichen und armen Alleinlebenden ergeben sich bei den Ausgaben für Wohnungsausstattung und Haushaltsgeräte, für Gaststätten und Hotels sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, eine Kategorie, die zahlreiche bildungsrelevante Einzelpositionen enthält (s. o.). Auch die Ausgaben für Gesundheitspflege nehmen besonders stark mit dem Wohlstand zu; da sich hier aber die jeweilige Struktur nach dem Krankenversicherungsstatus niederschlägt²³, sind diese Zahlen schwer interpretierbar. Mit steigendem Wohlstand sinkende Ausgabenanteile zeigen sich nur bei den Aufwendungen für Kommunikation – infolge der hohen Fixkostenanteile für Telefon und

22 Wenn im Weiteren von Veränderungen der Ausgabenanteile bei steigendem oder sinkendem Wohlstand gesprochen wird, so sind damit schichtspezifische Unterschiede im jeweiligen Stichjahr, keine Prozesse gemeint.

23 Bei privater Krankenversicherung fallen grundsätzlich mehr Ausgaben an (die später erstattet werden) als bei Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung (direkte Kostenübernahme).

Tab. 18.3: Konsumstrukturen¹ der Einpersonenhaushalte nach Wohlstandsschichten² und Spannweite der Ausgabenbeträge (Ausgaben der obersten Schicht als Vielfache des Betrags der untersten Schicht)³

	Konsumstruktur bei materieller Ressourcenlage ...						Spannweite als Vielfache ³
	arm	mangelhaft	knapp	gut	sehr gut	reich	
	1	2	3	4	5	6	
2003							
Ernährung etc.	17,4 %	15,5 %	13,5 %	11,4 %	10,7 %	8,2 %	1,42
Kleidung	4,5 %	4,7 %	5,1 %	5,2 %	4,5 %	4,2 %	2,74
Wohnen	40,9 %	37,0 %	34,3 %	32,1 %	37,9 %	36,9 %	2,70
Ausstattung	3,3 %	4,4 %	5,0 %	5,1 %	5,2 %	6,3 %	5,78
Gesundheit	2,3 %	2,9 %	3,2 %	4,7 %	4,0 %	6,6 %	8,36
Verkehr	7,6 %	9,7 %	11,5 %	13,3 %	12,2 %	12,4 %	4,87
Kommunikation	5,5 %	4,9 %	4,0 %	3,5 %	2,9 %	2,4 %	1,30
Freizeit etc.	9,2 %	11,4 %	12,7 %	13,3 %	12,4 %	12,2 %	3,98
Bildung	0,9 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	0,4 %	1,29
Gaststätten etc.	3,7 %	3,9 %	5,0 %	5,5 %	4,7 %	4,9 %	3,94
Sonstiges	4,6 %	4,9 %	5,1 %	5,3 %	4,9 %	5,4 %	3,55
2008							
Ernährung etc.	18,6 %	16,7 %	14,0 %	11,7 %	10,7 %	9,0 %	1,39
Kleidung	3,6 %	4,0 %	4,3 %	4,7 %	3,8 %	3,7 %	3,01
Wohnen	45,1 %	40,1 %	36,4 %	33,2 %	38,0 %	36,6 %	2,35
Ausstattung	2,7 %	3,5 %	4,5 %	4,9 %	4,2 %	5,6 %	5,98
Gesundheit	2,8 %	3,4 %	3,8 %	4,2 %	5,4 %	5,0 %	5,22
Verkehr	7,0 %	9,7 %	11,9 %	14,8 %	13,7 %	13,8 %	5,68
Kommunikation	5,0 %	4,6 %	3,8 %	3,3 %	2,8 %	2,4 %	1,39
Freizeit etc.	7,9 %	9,4 %	11,5 %	12,3 %	11,7 %	13,0 %	4,77
Bildung	0,7 %	0,5 %	0,4 %	0,5 %	0,3 %	0,4 %	1,67
Gaststätten etc.	2,9 %	3,8 %	4,7 %	5,5 %	5,1 %	5,7 %	5,80
Sonstiges	3,7 %	4,2 %	4,7 %	4,9 %	4,4 %	4,9 %	3,80
1 Anteil der jeweiligen Durchschnittsausgaben an den durchschnittlichen Konsumausgaben der Wohlstandsschicht insgesamt; Gütergruppen entsprechend den Abgrenzungen in der EVS; Ausgaben für Ernährung einschließlich der Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren							
2 Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13 (Tabelle 13.6)							
3 Durchschnittsausgaben bei materiellem Reichtum dividiert durch Durchschnittsausgaben bei materieller Armut; die jeweiligen Absolutbeträge sind tabellarisch nicht ausgewiesen							

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Internet – sowie für die wenigen unter „Bildung“ subsummierten Positionen (insbesondere Studien- und Prüfungsgebühren).

Für eine Deutung der aufgezeigten Strukturen und Relationen als Teilhabeindikatoren ist es sinnvoll, die Konsumausgaben zu gruppieren in physiologisch notwendige

Grundgüter und Güter, die eher der sozialen und kulturellen Teilhabe zuzuordnen sind. Dies ist mit den vorliegenden Daten aber nur begrenzt möglich, wie oben bereits diskutiert. So gehen Ausgaben für Ernährung, Bekleidung oder Wohnung insoweit über den Grundbedarf hinaus, als sie Bedürfnissen nach Beteiligung an (Mode-)Trends oder nach besonderer Gemütlichkeit entsprechen oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe repräsentieren sollen. Letztlich ist also auch mit dem Konsum dieser Güter soziale Teilhabe verbunden – insbesondere in den oberen Wohlstandsschichten. Daher beschränkt sich die Darstellung in Tabelle 18.4 auf die Bereiche materieller Armut und Prekarität und nimmt für diese eine Kategorisierung der zahlreichen Einzelpositionen in Ausgaben für Grundgüter und für soziale Teilhabe vor.²⁴ Zu Ersteren zählen die Konsumbereiche Ernährung (ohne Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren), Bekleidung, Gesundheit und Wohnen, zu Letzteren alle anderen Aufwendungen. Damit wird der physiologische Grundbedarf zwar tendenziell unterschätzt. Beispielsweise gehören auch eine Matratze (Gütergruppe Ausstattung) und einige Körperpflegeartikel (Gütergruppe sonstige Waren und Dienstleistungen) zu den notwendigen Grundgütern. Trotz dieser Unschärfen kann aber mit der Zuordnung der zahlreichen Ausgabearten zu nur zwei Kategorien ein Eindruck von Verhaltensweisen und finanziellen Zwängen im unteren Einkommensbereich gewonnen werden. Denn unterschiedliche Präferenzen und teilweise altersabhängige Ausgabenstrukturen im Bereich der sozialen Teilhabe werden damit ausgeblendet.

Die engen Budgetrestriktionen der Alleinlebenden in den unteren Wohlstandsschichten spiegeln sich in hohen und zwischen 2003 und 2008 noch gestiegenen Anteilen der Ausgaben für Grundbedarfe, sodass der Spielraum für soziale Teilhabe begrenzt ist. Bei materieller Armut fließen zwei Drittel der Konsumausgaben in die Deckung der Grundbedarfe, das relative Niveau des Grundbedarfskonsums liegt dennoch bei nur 68 % (2008, unterer Block in Tabelle 18.4). Mit den im Armutsbereich getätigten Ausgaben für soziale Teilhabe, die ein knappes Drittel der Konsumausgaben ausmachen, ist aber ein noch deutlich geringeres relatives Niveau – 43 % des Durchschnitts der Alleinlebenden – verbunden. Wenn gesellschaftliche Standards so weit (um mehr als die Hälfte) unterschritten werden, ist von existenziellem Mangel auszugehen; denn – so das Bundesverfassungsgericht – „der Mensch als Person existiert notwendig in sozialen Bezügen“.²⁵ Die geringe soziale Teilhabe im Armutssegment ist insbesondere im Kontext der negativen Sparquote dieser Gruppe von einem Zehntel der Einnahmen (Tabelle 18.2) und des Abrutschens des 2003 noch positiven Nettovermögens (565 Euro) in Nettoschulden (-591 Euro, tabellarisch nicht ausgewiesen) ein deutliches Indiz für die mit materieller Armut verbundenen Ausgrenzungsgeschehnisse. Demgegenüber ergibt sich im oberen Bereich der Prekarität, also bei knappen Ressourcen, eine wesentlich günstigere Situation – zumal nur wenig entpart

24 Die Unterscheidung zwischen Grundbedarfen und Bedarfen für soziale Teilhabe bleibt allerdings problematisch, da beide Teilhabebereiche existenziell und gleichermaßen bedeutsam sind; dennoch lassen sich aus ihr Erkenntnisse gewinnen.

25 Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 09.02.2010, Az. 1 BvL 1, 3, 4/09, Rn. 133, 135.

Tab. 18.4: Ausgaben für Grundbedarfe¹ und für soziale Teilhabe² bei materieller Armut und Prekarität³ – Einpersonenhaushalte

	Ressourcenarmut		Ressourcenmangel		Knappe Ressourcen	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
	Anteil an den Konsumausgaben					
Grundbedarfe	62,3 %	67,3 %	57,7 %	61,7 %	54,1 %	56,5 %
Soziale Teilhabe	37,7 %	32,7 %	42,3 %	38,3 %	45,9 %	43,5 %
	Relatives Niveau (Bezug: Durchschnittsbetrag der Alleinlebenden) ⁴					
Grundbedarfe	65 %	68 %	78 %	81 %	88 %	91 %
Soziale Teilhabe	49 %	43 %	71 %	66 %	92 %	92 %
¹ Dazu werden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Bekleidung und Schuhe, Wohnen und Gesundheitspflege gerechnet. ² Dazu werden Ausgaben für Alkohol/Tabak, Wohnungsausstattung und Haushaltsgeräte, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildung, Beherbergungs- und Gaststätendienstleistungen sowie sonstige Waren und Dienstleistungen gerechnet. ³ Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6. ⁴ Durchschnittsausgaben (für Grundbedarfe bzw. für soziale Teilhabe) der jeweiligen Wohlstandsschicht der Alleinlebenden dividiert durch entsprechende Durchschnittsausgaben aller Alleinlebenden.						

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

werden muss (Tabelle 18.2) und das durchschnittliche Nettovermögen sich auf immerhin fast 30.000 Euro beläuft (tabellarisch nicht ausgewiesen): Die Ausgaben für Grundbedarfe einerseits und soziokulturelle Bedürfnisse andererseits sind hier fast gleich, und das erreichte Konsumniveau liegt bei beiden Bedarfsarten nur um knapp 10 % unter dem Durchschnitt der Einpersonenhaushalte. Damit dürfte eine bescheidene Teilhabe möglich sein, die allerdings bei Eintritt besonderer Belastungssituationen – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Ausfall der Waschmaschine o. Ä. –, im Falle von jungen Frauen bei Geburt eines Kindes oder im Falle von Älteren beim Übergang in den Ruhestand gefährdet ist.

4.2.2 Konsumstrukturen von Paaren mit zwei Kindern

Die in Tabelle 18.5 ausgewiesenen Konsumstrukturen der Paare mit zwei Kindern (Spalten 1 bis 6) weichen einerseits systematisch und in der erwarteten Richtung von denen der Einpersonenhaushalte ab – beispielsweise durch die vergleichsweise hohen Anteile der Ausgaben für Ernährung und Bekleidung und die geringeren Wohnkostenanteile. Andererseits gehen die schichtspezifischen Unterschiede meist in die gleiche Richtung wie bei den Alleinlebenden, sodass auch die Niveauunterschiede zwischen Reichen und Armen überwiegend ähnliche Dimensionen aufweisen (Spalte 7). Der Ausgabenanteil für Ernährung (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren) sinkt kontinuierlich mit steigendem Wohlstand auf gut die Hälfte des Anteils im Armutsbereich. Im Gegensatz zu den Alleinlebenden steigt aber der Ausgabenanteil für Bekleidung auch in den beiden obersten Schichten, und umgekehrt sinkt der Wohnkostenanteil durchgehend; oberhalb des prekären Bereichs (gute bis reiche Ressourcensituation) scheinen die Präferenzen der Paare mit zwei

Kindern also anders gelagert zu sein. Die weiteren Ausgabenanteile nehmen mit dem Wohlstandsniveau zu – mit Ausnahme der wenigen unter Bildung subsummierten Ausgaben (s. o.), wobei es sich um Gebühren und Kosten für Nachhilfeunterricht handelt, und der Aufwendungen für Kommunikationsdienstleistungen und Nachrichtenübermittlung, die einen sehr hohen Fixkostenanteil aufweisen.

Auffallend sind Veränderungen der Konsumstruktur im Armutssegment zwischen 2003 und 2008: Es sind Einschränkungen der Ausgaben für Wohnungsausstattung und Haushaltsgeräte sowie für Verkehr erkennbar; die jeweiligen Anteile an den Konsumausgaben sind um gut zwei Fünftel bzw. um gut ein Viertel zurückgegangen, sodass sich der Abstand zum Niveau bei den reichen Familien stark vergrößert hat (Spalte 7). Offenbar mussten Kostensteigerungen bei Grundgütern aufgefangen werden. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sind von 2003 bis 2008 um 12 %, die Wohnkosten um gut 13 % gestiegen, während die Einkommen der armen Familien mit zwei Kindern sich im Durchschnitt nur um 5 % erhöht haben (tabellarisch nicht ausgewiesen). Diese Entwicklung führte offensichtlich wegen der Vordringlichkeit der Ernährung insbesondere bei Kindern und fehlender Alternativen beim Wohnen zu einer Erhöhung der Ausgabenanteile für Ernährung und insbesondere für Wohnen bei den Familien in materieller Armut, was fast zwangsläufig zulasten der sozialen Teilhabe gehen musste.

Die Zuspitzung der Probleme von Paarfamilien mit zwei Kindern in materieller Armut zwischen 2003 und 2008 wird mit Tabelle 18.6 verdeutlicht. Der Anteil der Ausgaben für soziale Teilhabe am Gesamtkonsum ist von 43,1 % auf 36,9 % gesunken. Damit wird ein relatives Niveau von nur noch 42 % erreicht, was einer Reduzierung gegenüber 2003 um mehr als ein Viertel entspricht. Vor dem Hintergrund einer Nettoverschuldung von knapp 2.000 Euro im Jahr 2008 – gegenüber einem Minus von erst 800 Euro im Jahr 2003 – (tabellarisch nicht ausgewiesen) hat sich offensichtlich die Situation verschärft, sodass 2008 die Betroffenen von Teilhabe und Wahlmöglichkeiten noch weiter entfernt sind als fünf Jahre zuvor. Bei prekären materiellen Verhältnissen oberhalb des Armutssegments sind die Veränderungen geringer, gehen aber in die gleiche Richtung. Bei knappen Ressourcen (rechter Block in Tabelle 18.6) belaufen sich die Ausgaben für soziale Teilhabe zwar nahezu auf die Hälfte der Konsumausgaben, sie liegen aber um ein Fünftel unter dem Durchschnitt der Paare mit zwei Kindern. Die Situation dieser Familien im oberen Prekaritätsbereich dürfte also zumindest angespannt sein, da viele (Kinder-)Wünsche nach verbreiteten Gütern und Aktivitäten unerfüllt bleiben; das Niveau der sozialen Teilhabe ist aber immerhin fast doppelt so hoch wie bei Kindern im Armutsbereich.

Die fehlenden oder eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten bei materieller Armut bzw. Prekarität beeinträchtigen nicht nur das aktuelle Wohlbefinden von Eltern und Kindern, sondern auch ihre Entwicklungschancen – und damit letztlich die Zukunftsperspektiven der Gesamtgesellschaft. Das mit den Tabellen 18.5 und 18.6 quantifizierte Zurückbleiben der unteren Schichten hinter den durchschnittlichen

Tab. 18.5: Konsumstrukturen¹ der Paare mit zwei Kindern² nach Wohlstandsschichten³ und Spannweite der Ausgabenbeträge (Ausgaben der obersten Schicht als Vielfache des Betrags der untersten Schicht)⁴

	Konsumstruktur bei materieller Ressourcenausstattung ...						Spannweite als Vielfache ⁴
	arm	mangelhaft	knapp	gut	sehr gut	reich	
	1	2	3	4	5	6	
2003							
Ernährung etc.	22,1 %	21,1 %	18,0 %	15,2 %	14,2 %	11,8 %	1,25
Kleidung	5,6 %	6,2 %	5,6 %	5,7 %	5,9 %	6,0 %	2,52
Wohnen	30,9 %	28,7 %	29,5 %	31,0 %	32,0 %	29,7 %	2,25
Ausstattung	6,0 %	4,9 %	5,4 %	6,0 %	5,9 %	6,8 %	2,68
Gesundheit	1,4 %	1,4 %	1,9 %	2,9 %	2,6 %	3,5 %	6,08
Verkehr	13,6 %	14,0 %	14,9 %	14,6 %	14,7 %	15,6 %	2,68
Kommunikation	4,3 %	4,2 %	3,4 %	3,0 %	2,7 %	2,4 %	1,33
Freizeit etc.	8,3 %	9,9 %	11,4 %	11,6 %	12,3 %	12,8 %	3,63
Bildung	1,6 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,6 %	1,8 %	2,74
Gaststätten etc.	2,7 %	3,6 %	4,0 %	4,1 %	4,1 %	5,1 %	4,40
Sonstiges	3,6 %	4,2 %	4,0 %	4,1 %	3,9 %	4,2 %	2,75
2008							
Ernährung etc.	23,0 %	21,2 %	18,3 %	15,8 %	14,5 %	12,5 %	1,45
Kleidung	4,9 %	5,6 %	5,1 %	5,5 %	5,9 %	6,3 %	3,45
Wohnen	35,9 %	31,3 %	30,4 %	30,1 %	30,1 %	27,3 %	2,03
Ausstattung	3,4 %	4,6 %	4,8 %	5,4 %	5,3 %	5,7 %	4,50
Gesundheit	1,7 %	1,8 %	2,3 %	3,1 %	3,0 %	4,0 %	6,13
Verkehr	9,9 %	13,0 %	15,5 %	16,2 %	16,3 %	16,5 %	4,48
Kommunikation	4,5 %	3,9 %	3,1 %	2,6 %	2,3 %	2,0 %	1,18
Freizeit etc.	8,3 %	9,7 %	10,4 %	10,8 %	11,8 %	13,7 %	4,40
Bildung	1,8 %	1,3 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,8 %	2,64
Gaststätten etc.	2,6 %	3,2 %	4,1 %	4,6 %	5,0 %	6,0 %	6,24
Sonstiges	4,0 %	4,4 %	3,9 %	4,1 %	4,1 %	4,3 %	2,90
1 Anteil der jeweiligen Durchschnittsausgaben an den durchschnittlichen Konsumausgaben der Wohlstandsschicht insgesamt; Gütergruppen entsprechend den Abgrenzungen in der EVS; Ausgaben für Ernährung einschließlich der Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren. 2 Zur Abgrenzung von Haushaltstypen vgl. Fußnote 2 unter Tabelle 18.2. 3 Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6. 4 Durchschnittsausgaben bei materiellem Reichtum dividiert durch Durchschnittsausgaben bei materieller Armut; die jeweiligen Absolutbeträge sind tabellarisch nicht ausgewiesen.							

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, EVS 2003 und 2008, Grundfile 3, eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Tab. 18.6: Ausgaben für Grundbedarfe¹ und für soziale Teilhabe² bei materieller Armut und Prekarität³ – Paare mit zwei Kindern⁴

	Ressourcenarmut		Ressourcenmangel		Knappe Ressourcen	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
	Anteil an den Konsumausgaben					
Grundbedarfe	56,9 %	63,1 %	54,4 %	57,5 %	52,8 %	54,2 %
Soziale Teilhabe	43,1 %	36,9 %	45,6 %	42,5 %	47,2 %	45,8 %
Relatives Niveau (Bezug: Durchschnittsbetrag der Paare mit zwei Kindern) ⁵						
Grundbedarfe	67 %	64 %	73 %	74 %	86 %	85 %
Soziale Teilhabe	57 %	42 %	68 %	61 %	85 %	80 %
¹ Dazu werden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Bekleidung und Schuhe, Wohnen und Gesundheitspflege gerechnet. ² Dazu werden Ausgaben für Alkohol/Tabak, Wohnungsausstattung und Haushaltsgeräte, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie sonstige Waren und Dienstleistungen gerechnet. ³ Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6. ⁴ Zur Abgrenzung von Haushaltstypen vgl. Fußnote 2 unter Tabelle 18.2. ⁵ Durchschnittsausgaben (für Grundbedarfe bzw. für soziale Teilhabe) der jeweiligen Wohlstandsschicht der Paare mit zwei Kindern dividiert durch entsprechende Durchschnittsausgaben aller Paare mit zwei Kindern.						

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

Ausgaben und Möglichkeiten im Teilhabebereich ist ein deutliches Indiz für entsprechende Chancenunterschiede. Denn mittlerweile wurde mit mehreren Studien der Zusammenhang zwischen materieller Situation und kindlicher Entwicklung belegt.²⁶

Mit einem genaueren Blick auf eine spezielle Gütergruppe wird der Zusammenhang zwischen finanziellen Ressourcen und Entwicklungspotenzialen nochmals plausibilisiert. Wie an anderer Stelle erwähnt, wird unter Freizeit, Unterhaltung und Kultur eine Vielzahl von Ausgaben subsummiert, die dem Werdegang von Kindern und Jugendlichen förderlich sind (im Folgenden kurz: bildungsrelevante Ausgaben). Dazu gehören Aufwendungen für PCs und Software, CDs etc., Spielwaren, Sportartikel, für Kurse, für den Besuch von Veranstaltungen, für Lesematerial sowie für Schreibwaren und ähnliche Gebrauchs- und Verbrauchsgüter. Dabei handelt es sich zwar um Haushaltsausgaben, die nicht ohne Weiteres personell zurechenbar sind, bei enger Budgetrestriktion kann aber davon ausgegangen werden, dass die bildungsrelevanten Güter und Dienstleistungen überwiegend den Kindern zugutekommen. Der Anteil dieser bildungsrelevanten Ausgaben an den Gesamtausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur der Paarfamilien mit zwei Kindern ist mit 59 % bei materieller Armut besonders hoch und sinkt mit steigendem Wohlstand auf 49 % bei den reichen Familien (tabellarisch nicht ausgewiesen). Diese Schichtabhängigkeit weist eine andere Richtung als erwartet auf – in der Gesamtschau nehmen die Anteile der

²⁶ Vgl. Becker 2016a und die dort zitierte Literatur.

Ausgaben für soziale Teilhabe mit dem Wohlstand zu (Tabelle 18.5) – und zeugt von dem Bemühen der Eltern, ihre Kinder trotz enger materieller Grenzen zu fördern. Dass trotzdem große schichtspezifische Diskrepanzen beim Ausgabenniveau verbleiben, wird in Abbildung 18.3 deutlich. Für die Kinder im Armutsbereich ergibt sich erwartungsgemäß der größte Rückstand bei den Ausgaben für PCs etc. – Anschaffungen können nicht kurzfristig erfolgen, auch nicht durch Verzicht bei anderen Bedarfen. Von Familien mit guter Ressourcenausstattung wird das 4,7-Fache ausgegeben, von reichen Familien das 7,7-Fache. Bei den weiteren Ausgabearten klaffen die schichtspezifischen Durchschnittsbeträge nicht ganz so weit, aber dennoch gravierend auseinander. Bei den meisten berücksichtigten Kategorien wird im unteren Teilhabesegment (gute Ressourcenausstattung) das 2,2- (Lesematerial) bis 2,8-Fache (Veranstaltungen) des Durchschnitts im Segment der materiellen Armut ausgegeben, im obersten Bereich (Reichtum) das Drei- (Schreibwaren) bis 5,5-Fache

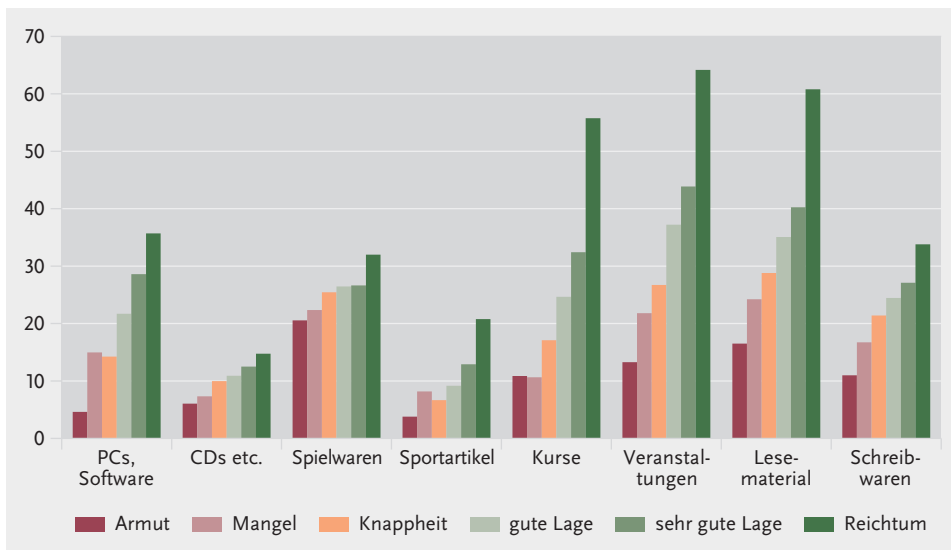


Abb. 18.3: Bildungsrelevante Ausgaben¹ (Euro pro Monat) nach Wohlstandsschichten² – Paare mit zwei Kindern³ 2008

1 Dabei handelt es sich um Elemente der Gütergruppe Freizeit, Unterhaltung, Kultur.

2 Zur Abgrenzung der Schichten materieller Ressourcenausstattung vgl. Kapitel 13: Tabelle 13.6.

3 Zur Abgrenzung von Haushaltstypen vgl. Fußnote 2 unter Tabelle 18.2.

Legende:

- PCs, Software = Datenverarbeitungsgeräte und Software;
- CDs etc. = Bild-, Daten- und Tonträger;
- Kurse = außerschulischer Unterricht/Hobbykurse;
- Veranstaltungen = Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen;
- Lesematerial = Bücher und Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften;
- Schreibwaren = sonstige Gebrauchsgüter für Bildung etc., Schreibwaren, Zeichenmaterial und übrige Verbrauchsgüter.

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003 und 2008. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

(Sportartikel). Demgegenüber sind die schichtspezifischen Unterschiede bei Spielwaren gering und bei CDs etc. moderat.

Sowohl der aus der Ausgabenstruktur der unteren Wohlstandsschichten erkennbare elterliche *Wille*, den Kindern Perspektiven zu eröffnen, als auch die nur geringen *Fördermöglichkeiten* zeigen sich auch bei Ausstattungen und Zugängen im IT-Bereich.²⁷ Auch wenn mit der Bezugnahme auf die EVS 2008 hier nur überholte Ergebnisse dargestellt werden können, dürften sie dennoch symptomatisch sein. So hatten alle armen Paare mit zwei Kindern einen stationären PC und immerhin 85 % einen Internetzugang, aber nur 40 % verfügten über einen Laptop oder ein Notebook, lediglich 34 % über einen ISDN-Anschluss. Eine minimale Grundausstattung war also weitgehend vorhanden, auch wenn im Vergleich zu den Paaren mit guter Ressourcenausstattung, die alle einen Internetzugang hatten, ein Rückstand vorlag. Für die damals noch neueren IT-Produkte liegen die Ausstattungsgrade demgegenüber weit unter 1, was allerdings auch für die Familien in guter materieller Situation galt – erst 56 % von ihnen hatten einen Laptop, 49 % einen ISDN-Anschluss.²⁸ Insgesamt belegen also schichtspezifische bildungsrelevante Ausgaben und digitale Ausstattungen der Paarhaushalte mit zwei Kindern sowohl große Rückstände bei materieller Armut und – abgeschwächt – im Bereich der Prekarität, die dem Ziel der Chancengerechtigkeit entgegenstehen, als auch elterliche Bemühungen zur Förderung der Kinder.

5 Konsumteilhabe bei staatlicher Mindestsicherung vor und nach „Hartz IV“

Die in den Tabellen 18.1a und 18.2 aufgezeigte Zunahme von Bevölkerungsanteilen in materieller Armut zwischen 2003 und 2008 und das zudem verminderte Teilhabeniveau der Betroffenen (Tabellen 18.4 und 18.6) resultieren aus dem Zusammenwirken vielschichtiger gesellschaftlicher Veränderungen und politischer Maßnahmen (Kapitel 13: Abschnitt 1.2). Eine herausragende, aber höchst umstrittene Reform der jüngeren Vergangenheit wurde mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit Arbeitslosengeld II und Sozialgeld im Jahr 2005²⁹ vollzogen. Zentrales Element dieser sogenannten „Hartz-IV-Reform“ (vgl. hierzu auch Kapitel 15 dieses Berichts) ist die Abkehr vom Ziel einer begrenzten Lebensstandardsicherung für Langzeitarbeitslose. Im Zuge dieser grundsätzlichen Änderung der sozialen Absicherung des Arbeitslosigkeitsrisi-

27 Quelle der tabellarisch nicht ausgewiesenen Zahlen: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, EVS 2003 und 2008, Grundfile 3, eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung).

28 Von den Paaren mit zwei Kindern insgesamt hatten 2008 43,7 % einen mobilen PC (Laptop o. Ä.), 48 % verfügten über einen ISDN-Anschluss; StBA 2008: Tabelle 1.6. Im Jahr 2013 betrug der entsprechende Ausstattungsgrad bei mobilen PCs 86,5 % – die Verbreitung hatte die des stationären PC (67,4 %) überholt; ISDN-Anschlüsse werden nicht mehr separat ausgewiesen, sondern mit allen Internetanschlüssen zusammengefasst (Ausstattungsgrad bei Paaren mit zwei Kindern: 97,5 %); StBA 2014: 29, Tabelle 6.

29 Zweites Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II).

kos³⁰ hat sich der Trend zunehmender Ungleichheit der Einkommensverteilung und zunehmender Einkommensarmut bei Erwerbslosen, der bereits nach früheren Einschnitten beobachtbar war, fortgesetzt (Kapitel 13; Abschnitt 3.2). Die Konsequenzen der Reform haben die Ergebnisse der vorstehenden Ausgabenanalysen beeinflusst. Dies wird abschließend näher untersucht.³¹

Tabelle 18.7 bezieht sich auf zwei Haushaltstypen, nämlich Alleinlebende und Paare mit einem Kind, die im jeweiligen Jahr Mindestsicherungsleistungen erhalten haben. Die Abgrenzung der einbezogenen Haushalte ist an den Referenzgruppen orientiert, die der Ermittlung des gesetzlichen soziokulturellen Existenzminimums auf Basis der EVS – der sogenannten Regelbedarfsbemessung – zugrunde liegen. Die Regelbedarfe von Erwachsenen werden aus den Konsumausgaben eines unteren Einkommensbereichs der Alleinlebenden, die der Kinder aus den Konsumausgaben eines unteren Einkommensbereichs der Paare mit einem Kind unter 18 Jahren abgeleitet (Becker 2011, 2016c); somit unterscheidet sich der folgende Abschnitt hinsichtlich des untersuchten Familientyps von den in Abschnitt 4 untersuchten Gruppen.

Zu den Mindestsicherungsleistungen des Jahres 2003 zählen Arbeitslosenhilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, zu denen des Jahres 2008 Arbeitslosengeld II³² oder eine der beiden anderen Transferarten. Um die Auswirkungen der Reform möglichst klar – ohne Vermischung mit Struktureffekten – erfassen zu können, ist eine Begrenzung auf die Personen sinnvoll, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus diesen Leistungen bestreiten und kein Erwerbseinkommen haben. Denn wegen des Erwerbstätigenfreibetrags erscheint die Lage der Personen mit Arbeitseinkommen und lediglich ergänzendem Bezug einer der genannten Mindestsicherungsleistungen („Aufstocker“) besser als die der Betroffenen ohne Erwerbseinkommen, wodurch das Ergebnis für alle Leistungsbeziehenden je nach Zusammensetzung der Gesamtgruppe mehr oder minder beeinflusst wird. Diese Ausklammerung der „Aufstocker“ konnte aber nur für die Alleinlebenden umgesetzt werden; bei den Paaren mit einem Kind, die eine der Mindestsicherungsleistungen beziehen, sind die Fallzahlen für eine weitere Differenzierung zu gering. Hier ist die untersuchte Gruppe daher recht heterogen und von den Personen mit ergänzendem Leistungsbezug beeinflusst.

Anders als bei den Untersuchungen der Konsumteilhabe für alle Schichten konnten für die Analysen des speziell abgegrenzten Armutsbereichs in Tabelle 18.7 auch die Daten der jüngsten EVS (2013) einbezogen werden.³³ Damit kann auch der Frage nachgegangen werden, wie sich die 2011 in Kraft getretene Reform der Regelbedarfsbemessung ausgewirkt hat; diese resultierte zwar in einem unveränderten Ausgangsniveau der Leistungen, aber bei veränderter Dynamisierung, sodass seitdem –

30 Zu Einzelheiten der Reform vgl. Becker 2015 und 2016b.

31 Für eine ausführliche Darstellung der materiellen Situation von Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen nach der „Hartz-IV-Reform“ – also mit Bezug von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe – vgl. Becker 2016d.

32 Haushalte mit befristetem Zuschlag (§ 24 SGB II a. F.) wurden ausgeklammert.

33 Die Einbeziehung der EVS 2013 in die Analysen nach zweidimensional abgegrenzten Schichten war wegen der Komplexität der dafür notwendigen Berechnungen im Projektzeitraum nicht mehr möglich.

anders als in den Jahren davor – eine weitgehende Anpassung an die Preisentwicklung gewährleistet ist.³⁴

Die Konsumstruktur der Haushalte mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen hat sich zwischen 2003 und 2008 – ähnlich wie die der Armutspopulation im Rahmen des allgemeinen Schichtungsmodells (vgl. Abschnitt 4) – deutlich zulasten der sozialen Teilhabe verschoben. Alleinlebende Betroffene haben 2008 fast drei Viertel der Gesamtausgaben für Grundbedarfe ausgegeben, gegenüber gut zwei Dritteln fünf Jahre zuvor (linker Bereich von Tabelle 18.7 zur Konsumstruktur). Dies ist insbesondere auf gestiegene Wohnkosten, aber auch auf die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und wahrscheinlich auch auf die Einführung der Praxisgebühr zurückzuführen. Denn bei gesunkenem Durchschnittseinkommen und Übergang in eine Nettoverschuldung (letzte Zeilen in Tabelle 18.7) konnten die höheren Kosten für Grundgüter nur durch Konsumeinschränkungen an anderer Stelle aufgefangen werden. Mit den Änderungen der Ausgabenstruktur ist es im Gruppendurchschnitt gelungen, das schon 2003 niedrige Niveau der Grundbedarfsdeckung von etwa zwei Dritteln des Gesamtdurchschnitts zumindest aufrechtzuerhalten (rechter Bereich von Tabelle 18.7 zum relativen Konsumniveau) bzw. den Rückstand von etwa einem Drittel gegenüber dem Gesamtdurchschnitt (Lücke zwischen relativem Konsumniveau der Gruppe und 100 %) nicht zu vergrößern. Die damit verbundenen Einschränkungen bei der sozialen Teilhabe führten aber in dieser Gruppe zu einem erheblich vergrößerten Rückstand hinter gesellschaftlicher Normalität, wieder gemessen an der Differenz zwischen 100 % (Gesamtdurchschnitt des Haushaltstyps) und dem in Tabelle 18.7 ausgewiesenen relativen Niveau der Gruppe mit Grundsicherungsbezug. Der Abstand machte bereits 2003 61 % des Durchschnitts aller Einpersonenhaushalte aus und stieg bis 2008 auf 68,5 %, wobei das Minus in einzelnen Bereichen der sozialen Teilhabe noch größer ist – vier Fünftel des Durchschnitts bei den Verkehrsausgaben, drei Viertel bei den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur.³⁵ Es ist kaum vorstellbar, wie der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer Beteiligung am Leben der Gemeinschaft (vgl. Fußnote 25) auf einem so niedrigen Niveau entsprochen werden kann.

Zwischen 2008 und 2013 hat sich an der Situation der Alleinlebenden mit Grundsicherungsbezug kaum etwas verändert.³⁶ Die 2011 eingeführte Dynamisierung der Regelbedarfe mit einem Mischindex aus Preis- und Einkommensentwicklung hat zu-

34 Zu der Reform von 2011 vgl. Becker 2011; die Dynamisierung folgt seither einem Mischindex, in dem die Entwicklung der Preise der regelbedarfsrelevanten Güter mit 70 % und die Einkommensentwicklung mit 30 % berücksichtigt wird – vorher erfolgte sie gemäß der Entwicklung des aktuellen Rentenwerts, was das Bundesverfassungsgericht als „sachwidrigen Maßstabswechsel“ verworfen hat (Urteil des BVerfG vom 09.02.2010, Az. 1 BvL 1, 3, 4/09, Rn. 184).

35 In den entsprechenden Zeilen der Tabelle 18.7 (rechter Tabellenbereich) ist nicht der textlich erörterte Rückstand, sondern das relative Konsumniveau ausgewiesen; beide relative Größen ergänzen sich zu 100 %.

36 Wenn die Konsumausgaben der Grundsicherungsbeziehenden nicht auf den Gesamtdurchschnitt des jeweiligen Haushaltstyps, sondern auf die Ausgaben des mittleren Quintils der Einkommensverteilung – also auf die gesellschaftliche Mitte – bezogen werden, fallen die Relationen gleichermaßen niedrig aus; vgl. Becker 2016d: 13–19. Weitere Ergebnisse für 2013 sind veröffentlicht unter: [http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/soeb_3_Webtabellen/](http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/soeb_3_Webtabellen/Webtabellen_Kapitel_18_soeb3_Becker_20170216.pdf) Webtabellen_Kapitel_18_soeb3_Becker_20170216.pdf. Stand: 10.04.2017.

mindest bewirkt, dass die Konsumteilhabe nicht nochmals oder nur wenig weiter reduziert wurde (rechter Block in Tabelle 18.7 zum relativen Konsumniveau). Allerdings haben sich auch keine Verbesserungen eingestellt; lediglich bei den Nahrungsmittelausgaben ist eine leichte Annäherung an den Durchschnitt (von 81,8 % auf 84,0 %) beobachtbar, und das Vermögen hat sich im Durchschnitt von einem negativen Wert zu einem geringen positiven Betrag (169 Euro) erhöht; demgegenüber ist das relative Niveau der Ausgaben für soziale Teilhabe nochmals leicht zurückgegangen (von 31,5 % auf 30,0 %).

Tab. 18.7: Konsumstrukturen¹ und relative Konsumniveaus² von Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen³

	2003	2008	2013	2003	2008	2013
	Konsumstruktur (%)			Relatives Konsumniveau (%)		
	Alleinlebende					
Grundbedarfe insgesamt	67,5	73,7	75,9	65,6	66,8	66,8
darunter für ...						
Ernährung	16,8	17,5	17,7	86,9	81,8	84,0
Kleidung	2,7	2,8	2,7	30,4	34,9	32,8
Wohnen	46,9	51,2	53,4	70,0	70,3	69,8
Gesundheit	1,1	2,2	2,2	14,8	27,2	27,4
Soziale Teilhabe	32,5	26,3	24,1	39,0	31,5	30,0
darunter für ...						
Verkehr	4,8	4,5	3,2	22,2	18,7	14,0
Freizeit etc.	7,5	5,7	5,5	32,8	25,8	26,5
	Paare mit einem Kind unter 18 Jahren					
Grundbedarfe insgesamt	57,3	60,3	65,0	75,0	69,4	66,1
darunter für ...						
Ernährung	16,8	17,9	19,7	88,0	79,6	83,3
Kleidung	5,1	4,1	3,9	61,9	46,0	37,4
Wohnen	33,4	36,6	40,1	73,8	72,6	68,2
Gesundheit	2,0	1,7	1,4	52,4	33,6	23,9
Soziale Teilhabe	42,7	39,7	35,0	59,6	50,0	40,4
darunter für ...						
Verkehr	11,7	13,7	8,7	49,8	51,4	29,9
Freizeit etc.	10,8	6,3	6,7	64,7	36,6	36,9
darunter für ⁴						
PCs, Software etc.	1,1	0,4	0,3	66,4	29,7	22,5
Spiel-, Sportartikel	1,1	0,9	0,8	77,1	49,6	43,9
Kurse	0,6	0,2	0,3	64,4	21,0	27,6
Lese-, Schreibmaterial	1,8	1,1	1,1	78,0	47,8	51,4
Veranstaltungen	0,7	0,4	0,6	59,2	27,5	30,7

(Fortsetzung Tab. 18.7)

	2003	2008	2013	2003	2008	2013
	Konsumstruktur (%)			Relatives Konsumniveau (%)		
	Alleinlebende			Paare mit einem Kind		
Haushaltsnettoeinkommen (€ pro Monat)	728	712	787	2.216	1.695	1.781
Nettogeldvermögen (€) ⁵	1.162	-95	169	5.463	-380	-1.597
1 Anteil der jeweiligen Durchschnittsausgaben an den durchschnittlichen Konsumausgaben der Gruppe insgesamt; Gütergruppen entsprechend den Abgrenzungen in der EVS. 2 Basis: Mittelwerte über alle Haushalte des jeweiligen Typs. 3 2003: Haushalte mit Bezug von Arbeitslosenhilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (bei Alleinlebenden: Begrenzung auf diejenigen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus diesen Leistungen und ohne Erwerbseinkommen); bei der Berechnung der durchschnittlichen Brutto- und Nettogeldvermögen wurden Ausreißer ausgeschlossen, bei denen das angegebene Bruttogeldvermögen ohne Versicherungsguthaben deutlich über den ungefähren gesetzlichen Grenzen des Schonvermögens liegt (Alleinlebende: 13.500 Euro, 34.000 Euro bei Personen ab 55 Jahren; Paare: 27.000 Euro, 68.000 Euro bei Haupteinkommensbezieher/in ab 55 Jahren). 2008 und 2013: Haushalte mit Bezug von Arbeitslosengeld II, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (bei Alleinlebenden: Begrenzung auf diejenigen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus diesen Leistungen und ohne Erwerbseinkommen), die keinen befristeten Zuschlag (§ 24 SGB II a. F.) erhalten (betrifft nur 2008); bei der Berechnung der durchschnittlichen Brutto- und Nettogeldvermögen wurden Ausreißer ausgeschlossen, bei denen das angegebene Bruttogeldvermögen ohne Versicherungsguthaben deutlich über den ungefähren gesetzlichen Grenzen des Schonvermögens liegt (Alleinlebende: 11.000 Euro; Paare: 26.000 Euro). 4 Legende der Einzelpositionen: vgl. Fußnote 1 unter Abbildung 18.3; PCs, Software und CDs etc. zusammengefasst, Lesematerial und Schreibwaren zusammengefasst; Kurse umfassen – anders als in Abbildung 18.3 – auch Gebühren für Kurse aus der Gütergruppe Bildungswesen. 5 Die für 2013 ausgewiesenen Beträge sind nicht vollkommen vergleichbar mit denen von 2003 und 2008, da 2013 erstmals eine Restkategorie „sonstige Verbindlichkeiten aus 2012“ erhoben wurde, die Schulden also möglicherweise umfassender erfasst sind.						

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. EVS 2003, 2008 und 2013. Grundfile 3. Eigene Berechnungen (kontrollierte Datenfernverarbeitung); Becker 2016b.

Für Paare mit einem Kind und Bezug von Mindestsicherungsleistungen war die Ausgangssituation 2003 vergleichsweise günstig: Die Grundbedarfsdeckung lag bei 75,0 % des Durchschnitts aller Paare mit einem Kind (rechter Block in Tabelle 18.7, relatives Konsumniveau), womit nur 57,3 % der Konsumausgaben gebunden waren (linker Block in Tabelle 18.7, Konsumstruktur). Mit den verbleibenden Ressourcen konnte bei den Güterbereichen, die hier unter sozialer Teilhabe subsummiert sind, immerhin ein Niveau von 59,6 % erreicht werden. Die damals zwar weit unterdurchschnittliche, gegenüber Alleinlebenden aber größere Konsumteilhabe ist auf gegenseitige Unterstützungen innerhalb von Familienhaushalten zurückzuführen. Im Rahmen der Arbeitslosenhilfe war ein erheblicher Freibetrag für das Erwerbseinkommen des Partners bzw. der Partnerin vorgesehen (Becker/Hauser 2006: 22 f.), sodass viele Familien nicht ausschließlich auf die Arbeitslosenhilfe angewiesen waren. Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende änderte sich dies insofern, als der nunmehr maßgebliche – und mehrfach reformierte – Erwerbstätigenfreibetrag in vielen Fällen zu einer merklichen Verschlechterung geführt hat. Vor diesem Hintergrund sind die in Tabelle 18.7 (letzte Zeilen) ausgewiesene Einkom-

menseinbuße zwischen 2003 und 2008 von fast einem Viertel sowie der Übergang von einem im Durchschnitt positiven Geldvermögen in eine Nettoverschuldung nicht verwunderlich.

Die Konsequenzen der „Hartz-IV-Reform“ für die Teilhabe fielen entsprechend aus. Der Anteil der Ausgaben für Grundbedarfe an den Konsumausgaben stieg erwartungsgemäß von 2003 bis 2008 (linker Bereich von Tabelle 18.7), reichte aber nicht für eine Aufrechterhaltung des relativen Niveaus (rechter Bereich von Tabelle 18.7), das von 75,0 % auf 69,4 % zurückging und sich damit dem der Alleinlebenden näherte. Insbesondere bei der Bekleidung wurde gespart, aber auch an Nahrungsmittelausgaben und Aufwendungen für die Gesundheitspflege – trotz der zwischenzeitlich eingeführten Praxisgebühr, die bei Arztbesuchen der Eltern angefallen ist und ceteris paribus die Ausgaben für Gesundheit erhöht haben müsste; offenbar haben Eltern mit Grundsicherungsbezug 2008 seltener einen Arzt aufgesucht als die Vergleichsgruppe 2003, was mittelfristig negative gesundheitliche Konsequenzen haben kann. Noch gravierender waren die Einschränkungen bei der sozialen Teilhabe, die um etwa 10 Prozentpunkte auf die Hälfte des Durchschnitts zurückfiel. Da in diesen Güterbereich einige Ausgaben mit weitgehendem Fixkostencharakter fallen – z. B. für Telefon und Internet (Kommunikationsdienstleistungen), aber offenbar auch für Verkehrsdienstleistungen³⁷ –, sind die beobachteten Einbußen bei anderen Aufwendungen umso größer. Bei den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wird nur noch gut ein Drittel des Durchschnitts aller Paare mit einem Kind erreicht (36,6 % gegenüber 64,7 % im Jahr 2003), und bei den in Tabelle 18.7 ausgewiesenen Einzelkomponenten dieser Kategorie sind die Einbrüche alarmierend. Wenn beispielsweise die Ausgaben der Teilgruppe mit Grundsicherungsbezug für PCs, Software und Bild-, Daten- und Tonträger nur 29,7 % des Durchschnitts der Paare mit einem Kind ausmachen, gegenüber noch 66,4 % im Jahr 2003, muss von unzureichenden und im Zeitverlauf verschlechterten Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder ausgegangen werden – von der beklemmenden Situation der Eltern ganz zu schweigen.

Anders als bei den Alleinlebenden hat sich die Konsumteilhabe der Paare mit einem Kind, die Grundsicherungsleistungen beziehen, zwischen 2008 und 2013 nochmals deutlich verringert bei gleichzeitig verschlechterter Vermögenssituation. 65,0 % der Konsumausgaben fließen 2013 in die Deckung von Grundbedarfen gegenüber 60,3 % bzw. 57,3 % in den Jahren 2008 bzw. 2003, und dennoch ist das entsprechende relative Ausgabenniveau um gut 3 Prozentpunkte auf 66,1 % gesunken. Im Bereich der sozialen Teilhabe hat sich der Rückstand gegenüber dem Durchschnitt sogar um 10 Prozentpunkte auf ca. 60 % vergrößert. Besonders auffällig ist das starke Absinken der Ausgaben für Verkehr von 2008 noch gut der Hälfte des Durchschnitts aller Paare mit einem Kind auf 2013 nur noch 29,9 %. Auf den ersten Blick könnte diese Entwicklung zumindest teilweise auf die 2011 eingeführten Leistungen

37 Da das relative Niveau der Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen sogar marginal gestiegen ist (von 49,8 % auf 51,4 %), wird angenommen, dass es in diesem Bereich kurzfristig keine Einsparmöglichkeiten gab.

für Bildung und Teilhabe (BuT)³⁸ nach §§ 28, 29 SGB II zurückgeführt werden. Diese umfassen auch Gutscheine zur Bezuschussung bzw. Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung oder Direktzahlungen an die Beförderungsunternehmen, so dass in entsprechendem Ausmaß die Familienausgaben für Verkehrsdienstleistungen sinken könnten. In diesen Fällen wäre der Rückgang der Ausgaben nicht als verminderte Teilhabe zu interpretieren. Angesichts vorliegender Evaluationen des BuT-Pakets ist ein derartiger Effekt aber nicht anzunehmen. Denn die Inanspruchnahme der im Rahmen des SGB II vorgesehenen Leistungen zur Schülerbeförderung ist gering, insbesondere weil zum großen Teil vorrangige Leistungen – z. B. aus der Landesförderung – wirksam sind und bereits vor 2011 waren (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen [SOFI] e.V./Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [IAB]/StBA 2015: 39). Die deutliche Verringerung des relativen Niveaus der Ausgaben für soziale Teilhabe auch im letzten beobachtbaren Fünfjahreszeitraum ist also tatsächlich als Indikator für eine nochmalige Absenkung der Konsumteilhabe von Familien mit Grundsicherungsbezug zu interpretieren. Diese Entwicklung kann teilweise strukturell bedingt sein – beispielsweise durch eine abnehmende Bedeutung von anrechnungsfreien Erwerbseinkommen. Sie spiegelt aber auch gesetzliche Änderungen: So wurde der befristete Zuschlag nach dem Bezug von Arbeitslosengeld (§ 24 SGB II a. F.) ebenso abgeschafft wie die Anrechnungsfreiheit von Elterngeld, das nicht auf vorangegangener Erwerbstätigkeit basiert, und die Dynamisierung der Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche wurde über mehrere Jahre ausgesetzt.³⁹ Vor diesem Hintergrund ist die gegenüber Alleinlebenden wesentlich ungünstigere Entwicklung bei den Familien mit Grundsicherungsbezug durchaus plausibel.

6 Konsumanalysen schärfen das Bild von sozialer Ungleichheit

Einkommen und Vermögen, die im Rahmen von Kapitel 13 dieses Berichts und des vorliegenden Kapitels in einem Schichtungsmodell zusammengeführt werden, sind eine wesentliche materielle Grundlage von Teilhabe, ihre Verteilungen indirekte Indikatoren der Ungleichheit von Teilhabemöglichkeiten. Dabei wird allerdings das Ausmaß der Diskrepanzen im Lebensstandard nur näherungsweise erfasst bzw. tendenziell unterschätzt, wie aus detaillierten Analysen von Konsumniveaus und -strukturen hervorgeht: Da in den unteren Wohlstandsschichten an Ausgaben für Grundbedarfe nicht oder kaum gespart werden kann, wirken sich real oder gar nominal sinkende Einkommen umso stärker einschränkend auf gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten aus. Die Konsequenzen materieller Armut können für die Betroffe-

38 §§ 28, 29 SGB II, § 34 Absatz 2 SGB XII, § 6b Absatz 2 Satz 1 BKGG.

39 Nach den methodisch und normativ fragwürdigen Berechnungen im Vorfeld des Regelbedarfsermittlungsgesetzes (RBEG) 2011 hätte der bis Ende 2010 gültige Regelbedarf für Kinder und Jugendliche gesenkt werden müssen; dies wurde zwar nicht vollzogen, führte aber zu einer Festschreibung der entsprechenden Beträge bis zu ihrer Einholung durch den errechneten Betrag nach Dynamisierung.

nen also wesentlich einschneidender sein als aus gängigen Indikatoren – Armutsquoten und -intensitäten – ersichtlich. Für die jüngere Vergangenheit zeigt sich nicht nur eine allmähliche Zunahme der Ungleichheit der Ressourcenverteilung und Armut (vgl. Kapitel 13), sondern auch eine Veränderung von direkten schichtspezifischen Teilhabeindikatoren – bei materiellem Reichtum leicht nach oben, im Armutsbereich nach unten. Insbesondere die im Folgenden skizzierten Konsequenzen materieller Armut sind von gesellschaftspolitischer Brisanz.

- Die engen Budgetrestriktionen der Alleinlebenden in den unteren Wohlstandsschichten spiegeln sich in hohen und zwischen 2003 und 2008 gestiegenen Anteilen der Ausgaben für Grundbedarfe. Im Armutsbereich zeigt sich eine Zunahme von 62,3 % auf 67,3 %, dennoch liegt das relative Niveau des Grundbedarfskonsums bei nur etwa zwei Dritteln des Durchschnitts aller Einpersonenhaushalte. Die parallel dazu verminderten Mittel für soziale Teilhabe haben zu einer Absenkung des relativen Niveaus von 49 % auf 43 % geführt.
- Auch für Paarfamilien mit zwei Kindern in materieller Armut haben sich die Probleme zwischen 2003 und 2008 zugespitzt. Der Anteil der Ausgaben für soziale Teilhabe am Gesamtkonsum ist von 43,1 % auf 36,9 % gesunken. Damit wird ein relatives Niveau von nur noch 42 % erreicht gegenüber immerhin 57 % im Jahr 2003. Vor dem Hintergrund einer Nettoverschuldung von knapp 2.000 Euro gegenüber einem Minus von erst 800 Euro im Jahr 2003 hat sich offensichtlich die Situation verschärft. Gravierende Langzeitfolgen müssen insbesondere für Kinder befürchtet werden. Auch wenn mehrere Indikatoren vom Bemühen der Eltern zeugen, ihre Kinder trotz enger materieller Grenzen zu fördern, verbleiben (zu) große schichtspezifische Diskrepanzen nicht nur, aber insbesondere bei bildungsrelevanten Ausgaben. Bei prekären materiellen Verhältnissen oberhalb des Armutssegments waren die Veränderungen geringer, gingen aber in die gleiche Richtung.
- Eine spezielle Analyse der Konsumteilhabe von Haushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen ergibt ebenfalls für 2008 gravierende Einbußen gegenüber 2003. Diese können zum großen Teil der „Hartz-IV-Reform“, die 2005 in Kraft getreten ist, zugeschrieben werden. Für die Gruppe der Einpersonenhaushalte (ohne „Aufstocker“) zeigt sich bei den Gütergruppen der sozialen Teilhabe ein von 60 % auf etwa 70 % vergrößerter Rückstand hinter dem Durchschnittswert dieses Haushaltstyps; zwischen 2008 und 2013 hat sich daran nichts geändert. Für die Gruppe der Paare mit einem Kind vergrößerte sich der Rückstand gegenüber den Ausgaben für soziale Teilhabe der Gesamtgruppe dieses Familientyps ebenfalls um 10 Prozentpunkte, das Niveau liegt 2008 bei 50 %. Da in diesen Güterbereich einige Ausgaben mit weitgehendem Fixkostencharakter fallen, sind die Einbußen bei anderen Aufwendungen umso größer. Mit den noch möglichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, unter denen viele bildungsrelevante Komponenten subsummiert sind, wird 2008 nur noch gut ein Drittel des Durchschnitts aller Paare mit einem Kind erreicht. Damit werden die Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder weiter ein-

geschränkt, zumal zwischen 2008 und 2013 das Konsumniveau für soziale Teilhabe insgesamt nochmals um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 40 % gesunken ist.

Gesellschaftliche Standards – gemessen an Durchschnittsausgaben für soziale und kulturelle Teilhabe – werden im Armutsbereich also um (teilweise deutlich) mehr als die Hälfte unterschritten. Die Betroffenen sind von Teilhabe und Wahlmöglichkeiten weit entfernt, von existenziellem Mangel ist auszugehen.

Die hier berichteten Befunde zum Lebensstandard von Grundsicherungsbeziehenden scheinen auf den ersten Blick einigen Ergebnissen von Kapitel 15 dieses Berichts entgegenzustehen. Während die Konsumteilhabe der Betroffenen nicht nur unmittelbar nach der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, sondern auch zwischen 2008 und 2013 teilweise deutlich rückläufig war, weisen subjektive Indikatoren (a) und ein Deprivationsindex (b) insbesondere nach 2010 eher in die andere Richtung. In Anbetracht der unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtung der Messkonzepte ist dies aber nicht unbedingt als widersprüchlich zu werten:

- a. Eine Parallelität der Entwicklungen sogenannter objektiver Indikatoren wie der Konsumausgaben und subjektiver Bewertungen und Empfindungen ist keineswegs zwangsläufig. Denn bei Armut und Prekarität können die Gewöhnung an widrige Verhältnisse und eine Anpassung von Erwartungen nach unten effektive Bewältigungsstrategien sein (Lehweiß-Litzmann 2016: 60 f.). Zudem wirken Medien und Politik mit ihren Darstellungen bzw. Wertungen von Armut, Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbedarf auf das Selbstwertgefühl der Betroffenen – entsprechende Äußerungen waren in der ersten Dekade nach der Jahrtausendwende stärker stigmatisierend und verletzend als derzeit. Zudem könnten Zufriedenheit und Teilhabeempfinden von Personen mit Grundsicherungsbezug in den letzten Jahren infolge der medialen Berichterstattung über krisenhafte Entwicklungen in Europa und die vergleichsweise gute Situation in Deutschland positiv beeinflusst worden sein (ebd.). Schließlich haben möglicherweise auch Erleichterungen durch einige Bestandteile des 2011 eingeführten Bildungs- und Teilhabepakets zu einer Stimmungsaufhellung beigetragen – trotz der insgesamt geringen Inanspruchnahme; insbesondere die Übernahme von unregelmäßig anfallenden und hohen Kosten – beispielsweise von Klassenfahrten – durch die Jobcenter bedeutet eine wesentliche Unterstützung.
- b. Auch Deprivationsindex und Indikatoren der Konsumteilhabe können sich gegenläufig entwickeln. Für Ersteren werden mit einer vorgegebenen Liste Güter und Aktivitäten, die sich die Befragten aus finanziellen Gründen nicht leisten können, erhoben und summiert.⁴⁰ Dem Deprivationsindex liegt letztlich eine für den Beobachtungszeitraum konstant gehaltene Messlatte zugrunde. Er entspricht damit einem absoluten Armutskonzept, bei dem unberücksichtigt

40 Dabei ist die Gleichgewichtung aller einzelnen Items bei der Summenbildung problematisch; sie impliziert die fragwürdige Annahme, dass beispielsweise die Möglichkeit einer einwöchigen Urlaubsreise pro Jahr genauso bedeutsam für ein teilnehmendes Leben in der Gemeinschaft ist wie die Möglichkeit, Freunde zum Essen einzuladen.

bleibt, dass die Bedeutung der einzelnen Items sich im Zeitverlauf ändert – z. B. ist das Fehlen eines Computers mit Internetanschluss 2008 häufiger als 2014, für die soziale Teilhabe 2008 aber weniger gravierend als 2014.⁴¹ Demgegenüber liegen den in diesem Kapitel dargestellten Indikatoren der Konsumteilhabe – ebenso wie Indikatoren der relativen Armut – Bezugspunkte zugrunde, die mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund ist ein rückläufiger Deprivationsindex bei gleichzeitig zunehmendem Zurückbleiben der Konsumausgaben hinter gesellschaftlicher Normalität nicht verwunderlich. Allerdings zeigen sich zwischen 2008 und 2014 auch bei einzelnen Items, die in den Deprivationsindex eingehen und die keinem wesentlichen Bedeutungswandel im Teilhabekonzept unterliegen, positive Entwicklungen. Beispielsweise gaben im Jahr 2008 etwa 58 % der arbeitslosen Grundsicherungsbeziehenden an, unerwartete Ausgaben nicht selbst bezahlen zu können, bis 2014 ist dieser Anteil auf 49 % gesunken (Lehweß-Litzmann 2016: 29, 73). Ob dies tatsächlich als Gegensatz zu den Befunden im vorliegenden Kapitel zu verstehen ist oder ob sich darin eher strukturelle Einflüsse⁴² und subjektive Komponenten⁴³ spiegeln, muss offenbleiben (Lehweß-Litzmann 2016: 23, 30, 61).

Direkte und indirekte Messkonzepte, objektive und subjektive Indikatoren, relative und tendenziell absolute Maßstäbe zur Erfassung von Ungleichheit und insbesondere von Armut sind also auf verschiedene Aspekte von Teilhabe gerichtet. Sie sind im Rahmen einer teilhabeorientierten Sozialberichterstattung als einander ergänzende, aber keinesfalls als konkurrierende Ansätze zu verstehen. Die Analyse schichtspezifischer Konsumniveaus und -strukturen sollte in der Verteilungsforschung künftig intensiviert werden, da mit diesen direkten und relativen Indikatoren Ungleichheiten und Teilhabedefizite aufgedeckt werden, die mit anderen Konzepten verborgen bleiben.

41 Die Zahl der Haushalte ohne Computer und Internetanschluss sinkt im Zeitverlauf auch im unteren Einkommenssegment systematisch, sodass die Zahl derer, die sich dieses Item nicht leisten können, zwangsläufig abnimmt.

42 Durch eine Abnahme der Verweildauer im Grundsicherungsbezug bzw. neuerdings häufigere Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit könnte ein 2014 vergleichsweise größerer Teil der Betroffenen noch von Anschaffungen „aus besseren Zeiten“ zehren.

43 Lehweß-Litzmann (2016: 23) verweist in diesem Zusammenhang auf subjektive Präferenzordnungen, die auch das Ergebnis einer psychologischen Dissonanzreduktion als Bewältigungsstrategie sein können – man ordnet ein Gut oder eine Aktivität als nicht erstrebenswert ein und vermeidet damit das Gefühl, aus finanziellen Gründen verzichten zu müssen.

Literatur

- Becker, Irene (2011):** Bewertung der Neuregelungen des SGB II. Methodische Gesichtspunkte der Bedarfsbemessung vor dem Hintergrund des „Hartz-IV-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts. In: Soziale Sicherheit Extra. Sonderheft September 2011. 7–62.
- Becker, Irene (2014a):** Einkommen, Konsum und Sparen nach Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008. *soeb-Working-Paper* 2014–2. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2014_2_Becker_final.pdf. Stand: 12.12.2016.
- Becker, Irene (2014b):** EVS und SOEP: methodische Aspekte bei Verteilungsanalysen. *soeb-Working-Paper* 2014–3. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2014_3_Becker_final.pdf. Stand: 12.12.2016.
- Becker, Irene (2015):** Konsumteilhabe bei staatlicher Mindestsicherung vor und nach Hartz IV. *soeb-Working-Paper* 2015–3. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2015_3_Becker_final.pdf. Stand: 12.12.2016.
- Becker, Irene (2016a):** Familienarmut und Entwicklungspotenziale von Kindern. In: Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.): Kinderreport 2016. Rechte von Kindern in Deutschland. Berlin. 16–18.
- Becker, Irene (2016b):** Vor und nach der Hartz-IV-Reform. Wie sich Einkommen und Ausgaben der Betroffenen verändert haben. In: Soziale Sicherheit. Jg. 65. Heft 3. 111–119.
- Becker, Irene (2016c):** Regelbedarfsbemessung: Gutachten zum Gesetzentwurf 2016 für die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband. Riedstadt.
- Becker, Irene (2016d):** Regelbedarfsbemessung – Methode und Ergebnisse: Eine kritische Bestandsaufnahme. Kurzexpertise für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Riedstadt.
- Becker, Irene/Hauser, Richard (2003):** Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 50. Berlin: sigma Verlag.
- Becker, Irene/Hauser, Richard (2006):** Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform. Ergebnisse von Simulationsanalysen. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 69. Berlin: sigma Verlag.
- Dudel, Christian/Garbuszus, Marvin/Ott, Notburga/Werding, Martin (2013):** Überprüfung der bestehenden und Entwicklung neuer Verteilungsschlüssel zur Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Ruhr-Universität Bochum. Fakultät für Sozialwissenschaft.

- Lehweß-Litzmann, René (2016):** Teilhabelücke im Grundsicherungsbezug besteht, vermindert sich aber seit 2008. *soeb-Working-Paper* 2016–4. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2016-04_Lehweß-Litzmann_20160613.pdf. Stand: 12.12.2016.
- Münnich, Margot (2006):** Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder. Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 6. 644–670.
- Münnich, Margot/Krebs, Thomas (2002):** Ausgaben für Kinder in Deutschland. Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 12. 1080–1100.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2007):** Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*. Ausgabe 37. 1–6.
- Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V./Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit/Statistisches Bundesamt (StBA) (2015):** Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe. Zweiter Zwischenbericht. Göttingen/Nürnberg/Bonn.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2008):** Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2008. Fachserie 15. Wirtschaftsrechnungen. Heft 1. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2010):** Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2008. Fachserie 15. Wirtschaftsrechnungen. Heft 4. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2014):** Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2013. Fachserie 15. Wirtschaftsrechnungen. Heft 1 (korrigierte Version). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Wiesbaden.
- Stiglitz, Joseph/Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009):** Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. www.stiglitz-sen-fitoussi.fr. Stand 12.12.2016.